Verteidigt Stalins Lehren über den Klassenkampf Seite 10/11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 9 vom 3. März 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Mit dem Segen Bonns: Unternehmer stellt Zahlung von Arbeitslosenversicherung ein

Unverschämter Angriff auf die Arbeitslosen

Es ist kaum zu glauben: Seit Anfang des Jahres weigert sich ein Kapitalist im Rheinland, der Unternehmer O. Hölscher, für seine knapp 100 Arbeiter und Angestellten die Arbeitgeberanteile für die Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Seine dreiste Begründung: Die Arbeitslosen seien ja eh arbeitsscheu, und er wolle sie nicht auch noch mit seinem Geld unterstützen. Und dieses Gaunerstück hat er nicht etwa in aller Heimlichkeit betrieben. Nein, er will ein Zeichen geben für den verschärften Terror der Kapitalisten gegen die Arbeitslosen.

Und die Reaktionen der Behörden, der Gewerkschaft? Haben sie diesem Herrn auf die Finger geklopft? Nichts von alledem. Das Arbeitsamt Brühl hat seine Direktorin zu einem längeren Gespräch zu Herrn Hölscher geschickt. Davon, daß man seine ungesetzlichen Praktiken zurückgewiesen hätte, ist nichts bekannt. Im Bonner Arbeitsministerium hat sich der Minister Ehrenberg persönlich bemüht und einen Brief an den Kapitalisten geschrieben, in dem er sein Verständnis ausdrückte. Nicht etwa für die Arbeiter und Angestellten dieses Mannes, deren Beiträge jetzt nicht eingezahlt werden, und die im Falle einer Arbeitslosigkeit einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Nein, Verständnis zeigte der Minister für Herrn Hölscher und sein Gaunerstück. Und die IG Metall, die zuständige Gewerkschaft, hat sich gleich gar nicht gerührt.

Ein Leser des „Handelsblattes", der in dieser Zeitung über die Praktiken Hölschers gelesen hatte, griff zum Telefon und fragte in Hölschers Betrieb nach, ob es denn richtig sei, daß hier ein demonstrativer Schlag gegen die Erwerbslosen — in der Sprache der Kapitalisten: die „Arbeitsscheuen" — geführt werden soll. Am Apparat Hölschers Personalchef Kurt:

„Ganz genau. Da sind wir schon lange dran an diesem Problem, daß das mal aus der Welt kommt. Daß da mal endlich was passiert... Wir sind an die Arbeitsämter rangegangen. Die sind nicht in der Lage, uns geeignetes Material zu vermitteln." Was er darunter versteht, wird klar, wenn er am Telefon jammert: „Die Leute treten hier mit Forderungen an, die für unqualifizierte Kräfte weit, weit überhöht sind."

Was er erreichen will, ist: „Geeignetes Material" zu Niedrigstpreisen. Nach dem Muster: Entzieht den Arbeitslosen vollends ihre Existenzgrundlage, gebt ihnen keine Arbeitslosenunterstützung mehr, dann fressen sie mir aus der Hand.

Wer nun meint, hier handelte es sich um die Wahnideen eines wildgewordenen Kleinunternehmers, der irrt sich gewaltig. Der Personalchef Kurt am Telefon begeistert: „Ja, der Minister Ehrenberg hat sich dazu geäußert. Wir haben auch einige Telefonate hin und her geführt mit einem Ministerialdirektor. Ich glaube, das ist der persönliche Referent von Herrn Ehrenberg. Und die stimmen eigentlich mit uns überein, daß es si-

Fortsetzung auf Seite 4

Militante Kämpfe in Hamburg und Hannover



Hamburg/Hannover. Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei kam es in beiden Städten am Wochenende. Mehrere hundert Antifaschisten hatten sich in Hamburg vor einem Lokal an der Luruper Hauptstraße zusammengefunden. Ihr Ziel: eine provokative Veranstaltung der Faschisten zu verhindern. Zwei Hundertschaften der Polizei stellten sich vor die Faschisten, um sie zu schützen. Trotzdem gingen die Demonstranten militant gegen die Nazi-Provokateure vor. Auch Polizisten, die den Angriff zurückschlagen wollten, wurden dabei verletzt (siehe Bild auf dieser Seite).

In Hannover führten mehrere tausend Atomkraftwerksgegner eine Massenkundgebung durch. Sie protestierten gegen das Bonner Atomprogramm und die sogenannten Grohn-

Fortsetzung auf Seite 12

Druckindustrie: Kurzstreiks, Urabstimmung

Druckereiarbeiter wollen Vollstreik

Streiks in Druckereien und Verlagshäusern von Hamburg bis München. Einleiten der Urabstimmung in mehreren Betrieben: Das war die Lage in der Druckindustrie Anfang der Woche. 15 Tageszeitungen konnten am Dienstag nicht erscheinen. Der Versuch mehrerer Münchner Verlage, wenigstens eine gemeinsame Notausgabe herauszubringen, scheiterte am entschlossenen Streikkampf der Kollegen. In Frankfurt gingen am Montag die Setzer und Drucker auf die Straße und schlossen sich zu einem Protestmarsch durch die Stadt zusammen.

Ihre Forderung, ebenso wie die der anderen Druckkollegen: keine Entlassungen, keine Lohneinbußen durch die Einführung neuer Techniken in der Druckindustrie! Schon die ganze letzte Woche über war es dafür zu Protestaktionen der Drucker und Setzer gekommen. Als dann die Druck-Kapitalisten mit großaufgemachten Zeitungsanzeigen den kämpfenden Kollegen die Aussperrung androhten, gaben diese die richtige Antwort: Bei neun großen Tageszeitungen wurde das Erscheinen der provokativen Anzeige von den Arbeitern verhindert.

Fortsetzung auf Seite 4

Ostberlin

Polizeiüberfall auf iranische Antifaschisten

Montag mittag: 14 iranische Studenten besetzen die Botschaft des Schahregimes in Ostberlin. Eine gerechte Aktion des Protestes gegen das Massaker von Täbris, wo 100 Menschen dem Mordterror der faschistischen Diktatur zum Opfer fielen (siehe Artikel auf Seite 11). Fast zwei Stunden lang hielten die Studenten die Botschaft besetzt. Dann erschien ein Rollkommando der DDR-Polizei. Die Polizisten stürmten das Gebäude, zerrten die Antifaschisten heraus, stießen sie in Mannschaftswagen und transportierten sie ab.

Honeckers Staatsorgane als Erfüllungsgehilfen des Henkers von Teheran? Wen sollte es wundern: Haben doch beide faschistischen Regime die besten Beziehungen zueinander, hat doch Honecker selbst den Schlächter von Täbris zu einem Staatsbesuch in diesem Jahr eingeladen.

Saarland: MG's für die Polizei

Weg mit dem neuen Polizeigesetz!

Zweimal geriet in der letzten Woche das Saarland in die Schlagzeilen. Die erste Meldung: weitere Stillegungen, höchste Arbeitslosenquote im Bundesgebiet, Protestaktionen der Stahlarbeiter (siehe Artikel auf Seite 5). Die andere Nachricht: Als erste Landesregierung hat das Kabinett in Saarbrücken das neue Polizeigesetz angenommen. Kein Zusammenhang? Oh doch!

Dieses Gesetz, das auf die breite Empörung der Werktätigen stieß, seitdem es in den Kanzleien des Bonner Staates ausgebrütet wurde, ist nichts anderes als die juristische Grundlage für eine gewaltsame, blutige Unterdrückung der Volkskämpfe. Zum einen beseitigt der berüchtigte „Todesschuß-Paragraf" die letzten Hemmungen einer schießwütigen Polizei, die nun völlig ungestraft jeden kaltblütig exekutieren kann, von dem sie meint, es ginge von ihm eine Gefahr aus.

Zum anderen sieht dieses Gesetz die Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren vor. Wofür? Gegen wen? Von „Personen in einer Menschenmenge" ist da die Rede. Und wenn von einer solchen Menge „schwerwiegende Ge-

Fortsetzung auf Seite 3

Weg mit den Bonner Rentenplänen!

Die volksfeindlichen Rentenbeschlüsse der Bonner Regierung, die drastische Folgen für 16 Millionen Rentner wie für alle Werktätigen nach sich ziehen (siehe RM 7/78), haben einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Und während Arbeitsminister Ehrenberg die Lüge verbreitet, die Abkehr von der bruttolohnbezogenen Rente sei nur vorübergehend, schmiedet man in Bonn bereits neue Pläne einer „großen Rentenreform". Unter den bürgerlichen Rentenexperten raunt man sich zu: „Die jetzigen Maßnahmen sind nichts gegen das, was 1984 auf die Rentner zukommt."

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Betriebszeitung bei Hoechst soll mundtot gemacht werden 3
Westberlin: Gefängnisstrafen für Antifaschisten 3
Metaller fordern Urabstimmung 4
Steinkühler: „Ein Mann, von dem man sprechen wird" 5
Saarland: Demonstration gegen Vernichtung von 8.800 Arbeitsplätzen ... 5
Revolutionäre Liste bei Bosch-Siemens-Hausgeräte Westberlin 5
Werktätige Frauen berichten 6
Erzieherinnen kämpfen erfolgreich gegen Rationalisierung 6
8. März — Internationaler Frauentag 7
Science-Fiction-Filme: Traumwelten und Schreckensvisionen 8
Februar im Bild 9

Bonner Meinungsumfrage — ein Bumerang!

Die Reaktionen im Ausland auf die Politik der Bundesrepublik sind der Bonner Regierung doch in die Glieder gefahren. Sie setzte deshalb eine „Meinungsumfrage" in acht westlichen Ländern in Szene. Das Bild vom „häßlichen Deutschen" sollte dabei herhalten, das Märchen von den angeblichen Ressentiments der anderen Völker gegen das deutsche Volk aufzufrischen.

Aber gerade die Politik Bonns — und nicht etwa das deutsche Volk — ist es, die auf die Kritik unserer Nachbarvölker stößt! So haben — zum Bedauern Bonns — allein in Frankreich und England um 40 Prozent der Befragten die Bundesrepublik in Verbindung mit der NS-Vergangenheit gebracht. Völlig zu recht! Auch die Werktätigen in unserem Land werden durch Polizeiterror und Klassenjustiz immer häufiger dazu gebracht zu sagen: „Das ist ja wie bei den Nazis!"

Auf derselben Linie liegen auch alle anderen Kritiken: „Die Bundesrepublik ist wirtschaftlich zu stark", „...zu stark amerikanisch orientiert", „Bonn übt mit seiner Politik zuviel Einfluß aus", „Bonn erteilt Berufsverbote" usw. Auch die Kappler-Entführung wird Bonn schwer angelastet. (Bezeichnenderweise distanziert sich Bonn bei dieser Gelegenheit nicht einmal von der Kappler-Entführung!)

Diese Kritik unserer Nachbarvölker an der Bonner Regierung trifft auf die Unterstützung der deutschen Werktätigen. Ein Hohn ist es dann, wenn die Bonner Regierung aus den statistischen Prozentzahlen dieser Umfrage ableitet, daß ihre Politik ein besseres Ansehen bei den Völkern Europas erworben habe. Aber wie sagte doch schon Churchill: „Ich glaube nur den Statistiken, die ich selber gefälscht habe."

Ägyptische Aggression gegen Zypern

Nachdem das Sadat-Regime in Ägypten den Kampf gegen den israelischen Zionismus vollständig eingestellt hat, wendet es sich jetzt offen gegen den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes zur Befreiung seiner Heimat. Die Ermordung von Jussef el-Sibai in Nikosia diente als Anlaß, um eine wilde Aggression gegen Zypern zu starten. Sadat, dieser Verräter und Reaktionär, muß größenwahnsinnig geworden sein. Die faschistischen Beispiele der Israelis in Entebbe und der GSG-9 in Mogadischu vor Augen, nahm er sich das Recht heraus, mit einem bewaffneten Kommandotrupp die Souveränität Zyperns zu brechen und auf eigene Faust das entführte Flugzeug zu stürmen. Den Palästinensern sollte „ein Denkzettel verpaßt" werden. Nun, an diesen „Denkzettel" wird Sadat noch lange denken. Im Kugelhagel der Zyprer fand der Abenteurertrupp aus Kairo ein schnelles und ruhmloses Ende. Jetzt entfacht Sadat eine Hetzkampagne gegen das palästinensische Volk.

„Unsere Jungs von Mogadischu waren ihr Vorbild", tönten die überheblichen Schlagzeilen der westdeutschen Presse, die das verbrecherische Kommandounternehmen zu einer Heldentat emporjubelten. Und in der Tat: Es macht keinen Unterschied, ob man gewaltsam in ein fremdes Land eindringt oder ob der Staatchef des entsprechenden Landes vorher bestochen wird, bevor man Truppen einfliegt, so wie in Mogadischu. Die Methode, mit „Terrorismus" als Vorwand andere Länder zu überfallen, soll offensichtlich Schule machen. Das „Modell Deutschland" hat dabei Pate gestanden!

Mit Militär gegen die Arbeiterklasse

Mit den Notstandsgesetzen wurde 1968 der Artikel 87 a im Grundgesetz verankert, in dem es heißt: „Zur Abwehr einer drohenden Gefahr... kann die Bundesregierung... Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes... bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen."

Daß dieser Artikel nicht nur auf dem Papier steht, sondern daß konkrete Schritte unternommen werden, um seine Verwirklichung vorzubereiten, zeigte sich jetzt. In einer Studie, die von der Bundeswehr bei der Bonner Universität in Auftrag gegeben wurde, ist vom Einsatz der Bundeswehr „gegen zivile Störer" die Rede. Mit diesen „zivilen Störern" sind auch schon streikende Arbeiter oder Demonstranten gemeint bis hin zur bewaffneten Arbeiterklasse, die sich zum Sturz des Kapitalismus erhebt. Soldaten und Offiziere können zu diesem Zweck zu „Vollzugsbeamten" erklärt werden.

Nach dieser Studie, die z. Zt. den Stäben der Bundeswehr vorliegt, sollen die Streitkräfte im Ernstfall mit schweren Waffen gegen die Werktätigen vorgehen. Da ist die Rede vom „lafettierten schweren Maschinengewehr 12,7 mm und der elektrisch gesteuerten Maschinenkanone 20 mm, die Abgabe von Punktfeuer und gezielten Einschüssen auch aus größerer Entfernung" ermöglichen. Das zeigt, daß die herrschende Klasse bereit ist, jeden revolutionären Ansturm auf ihre Herrschaft im Blut zu ersticken.

Weg mit den Bonner Rentenplänen!

Fortsetzung von Seite 1

Die Regierung hat jetzt die Maßnahmen beschlossen, die von Spitzenpolitikern der SPD und FDP ausgearbeitet worden waren. Danach sollen die Renten in den nächsten drei Jahren nur um 4,5 bzw. 4 Prozent angehoben werden, ab 1981 sollen die Rentenbeiträge auf 18,5 Prozent heraufgesetzt werden, und ab spätestens 1982 sollen die Rentner Krankenkassenbeiträge zahlen. Diese Maßnahmen sollen auch auf die Empfänger von Kriegsopferrenten, Unfallrenten und landwirtschaftlicher Altershilfe ausgedehnt werden. Man muß sich einmal die Lage z. B. der bäuerlichen Rentner vorstellen, die mit Beträgen von etwa 400 DM Altersrente auskommen müssen. Ihnen will man noch Prozente entreißen, um das Loch zu stopfen, das die kapitalistische Wirtschaftskrise in die Rentenkassen gerissen hat.

Ab 1979 soll schon ein Monatseinkommen von 350 DM versicherungspflichtig sein, während die Grenze früher bei 420 DM lag. Damit werden viele Hausfrauen in die Versicherungspflicht genommen, die ein paar Mark zu dem bescheidenen Einkommen ihres Mannes hinzuverdienen wollen.

Mit der Veröffentlichung des Entwurfs des 21. Rentenanpassungsgesetzes ist auch bekannt geworden, was alles die Regierung in die Berechnung der Krankenkassenbeiträge einbeziehen will, die von 1982 an die Rentner zahlen sollen. Dieser Beitrag richtet sich nicht etwa nur nach der Höhe der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, auch Leistungen aus z. B. betrieblichen Rentenkassen und der landwirtschaftlichen Alterskasse sollen herangezogen werden. Nun behauptet allerdings Ehrenberg, daß diese Krankenkassenbeiträge die Rentner nichts kosten würden, weil die Rente um genau den Betrag erhöht werden soll, der dann als Krankenkassenbeitrag zu zahlen ist. Man fragt sich nur, warum gibt der Staat dem Rentner etwas, um es ihm dann wieder wegzunehmen. Die Absicht ist klar: Wenn der Krankenkassenbeitrag erst einmal eingeführt ist, dann kann man auch später dazu übergehen, ihn direkt dem Rentner abzuverlangen. Und überhaupt — wer sagt einem denn, daß die Regierung ihr Versprechen halten wird und nicht 1982 erklärt: Der Staat kann nicht zahlen? Dieses Versprechen ist ganz sicher wieder ein Wahlversprechen und wird ganz sicher wieder nach der Bundestagswahl 1980 gebrochen.

Die jetzigen Maßnahmen werden von der Regierung nur als „mittelfristige Korrekturen" angesehen. Bis 1984 will sie aber eine grundsätzliche Änderung des Rentensystems durchgeführt haben, genannt „Große Rentenreform". Als Vorwand dient ihr ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Hinterbliebenenrente hergestellt werden müßte. Bisher erhielt eine Frau ohne eigenen Rentenanspruch im Falle des Todes ihres Mannes nur 60 Prozent des Familienrenteneinkommens, während der Mann im Falle des Todes der Frau mit Rentenanspruch 100 Prozent ihrer Rente erhielt. Die Gleichstellung will man jetzt nicht etwa dadurch herstellen, daß die Frau auch auf 100 Prozent gesetzt wird, nein, stattdessen werden jetzt verschiedene „Modelle" durchgerechnet, um eine „kostenneutrale" Lösung zu finden. Das heißt, der Staat will keine Mehrkosten haben, die Werktätigen selber sollen diese Umstellung bezahlen. Und eine Verminderung des Gesamtrentenniveaus ist unvermeidlich. Der Staat denkt immer weniger daran, die Rentenversicherung zu bezuschussen. Im Gegenteil, der Bundesanteil der Rentenfinanzierung ist von 1956 bis 1978 von 42 Prozent auf 15 Prozent gesunken. Darüberhinaus wuchs die Verschuldung des Staates bei der Rentenkasse auf neun Milliarden DM.

Ein weiterer Trick der „Großen Rentenreform" ist die sogenannte „Harmonisierung" der steuerlichen Behandlung von Sozialrenten und Beamtenpensionen. Um eine angebliche Benachteiligung der Beamtenpensionen abzuschaffen, soll die Renteneinkommensgrenze, von der ab Sozialrentner Steuern zahlen müssen (bisher 40.600 DM im Jahr), drastisch gesenkt werden. Steuern auf die Renten! Das fehlte gerade noch! 68 Prozent aller Arbeiterrentner-Haushalte lagen 1976 unter einer theoretischen Durchschnittsrente von 871 DM. 1,1 Millionen Rentnerhaushalte mit 2,3 Millionen Personen lagen unter dem Sozialhilfesatz. Und dann wollen sie noch Steuern erheben!

Die Empörung über die jetzigen Rentenmaßnahmen ist groß. Sie wird noch wachsen, wenn das ganze Ausmaß der „Großen Rentenreform" sichtbar wird und damit auch die Brutalität, mit der der kapitalistische Staat die Werktätigen ausplündert und ruiniert.



Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet, Leonid Breschnew, zeichnete in Moskau Leonid Breschnew mit dem „Siegesorden" aus. Breschnew hielt in seiner Eigenschaft als Präsidiums-Vorsitzender diese Würdigung wegen der außerordentlichen Verdienste Breschnews für angebracht.

Kurz berichtet

DORTMUND

Ca. 50 Besucher kamen zu einer Brecht-Veranstaltung in Dortmund. Ein Vortrag über Leben und Werk Brechts ging konkret anhand der Schriften auf den Entwicklungsweg Brechts von der kleinbürgerlich-anarchistischen Weltanschauung an die Seite der Arbeiterklasse ein. Ebenso wurde analysiert, was am Werk von Brecht von der Bourgeoisie propagiert wird und was nicht, und der bürgerliche Brecht-Rummel entlarvt. Viele Gedichte Brechts, eine Szene aus „Die Mutter" sowie ein Lichtbildervortrag rundeten das Programm ab, das von den Anwesenden begeistert aufgenommen wurde.

WESTBERLIN

„Die junge Rebellion" ist der Name einer neuen Berufsschulzeitung der Roten Garde für die Grünthaler Schule. In ihrer ersten Nummer wird die Zusammenarbeit der Berufsschule mit der ausbildenden — sprich: ausbeutenden — Firma angeprangert. Jedem Exemplar der Zeitung ist außerdem ein Aufkleber gegen die faschistischen „Kontaktbereichsbeamten" beigefügt.



OFFENBACH

In Offenbach fand eine Veranstaltung zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus statt, zu der 30 Freunde und Genossen kamen. Die Hälfte davon war zum erstenmal auf einer Veranstaltung der Partei. An einen eindrucksvollen Diavortrag und ein selbstgemachtes Gedicht einer Genossin „Zweierlei Tod" über den Polizeimord im Frankfurter Riederwald schloß sich eine lebhafte Diskussion über die Ursachen des Faschismus und die heutigen Kampfaufgaben an.

TÜBINGEN

Ihre erste Nummer gab die „Kämpfende Klinik", die Zeitung der KPD/ML für die Tübinger Kliniken, heraus. Sie greift in die Diskussionen über die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst ein und setzt der ÖTV-Verrats-Forderung von 7,5 Prozent eine lineare Forderung von 210 DM entgegen. In einem weiteren Artikel greift die „Kämpfende Klinik" die geplante Streichung von 100.000 Betten aufgrund des Kostendämpfungsgesetzes an.



Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

Offen gesagt...

Im Gefängnis erschlagen

Am 30. Januar 1978 wurde der 22jährige Günter Braun vom Landgericht Nürnberg zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er gedroht hatte, den Hauptbahnhof in Nürnberg in die Luft zu sprengen. Das Gericht bescheinigte dem geistig behinderten Angeklagten verminderte Schuldfähigkeit. Der Angeklagte kam sofort nach der Gerichtsverhandlung als Untersuchungshäftling in die Haftanstalt Nürnberg. Heute, etwas mehr als ein Jahr später, lebt Günter Braun nicht mehr. Doch es war keine Krankheit, die den frühen Tod des 23jährigen herbeiführte: Er wurde in der Haftanstalt so zusammengeschlagen, daß er Anfang Februar im Bezirkskrankenhaus in Ansbach an den Folgen starb.

Die Mutter von Günter Braun berichtete der Lokalpresse über den letzten Besuch, bei dem sie ihren Sohn noch lebend sah: „Zwei Männer führten mich zu Günter. Sie brachten mich aber nicht wie sonst üblich in ein Sprechzimmer, sondern auf die Krankenstation. Dann öffnete man die Türe zum Krankenzimmer. Drinnen lag Günter mit weit aufgerissenem Mund, die Augen blickten starr geradeaus. Die Zähne waren blutig, teilweise verkrustet. Außerdem hatte er am Auge einen Bluterguß." Später wurde darüber hinaus festgestellt, daß Günter Braun außerdem noch die Fußzehen gebrochen waren, daß er Nierenverletzungen erlitten und Striemen wie von Stockschlägen an den Beinen hatte. Erklärung der Beamten dazu: Der Gefangene sei hingefallen (!). Ein Gespräch mit den Gefängnisärzten wurde der Mutter Günter Brauns an diesem und auch am nächsten Tag verweigert.

Als man Günter Braun dann endlich doch aus dem Gefängniskrankenhaus in das Bezirkskrankenhaus verlegte, starb er dort — „keines natürlichen Todes", wie der zuständige Arzt den Eltern erklärte.

Man sollte meinen, der Fall ist klar, die brutalen Schläger im Gefängnis in Nürnberg würden ihre gerechte Strafe erhalten. Tatsache ist jedoch dagegen: Nichts dergleichen geschieht. Die Lokalpresse brachte über diesen Vorfall einige kurzgehaltene Artikel — ansonsten wird der Fall vollständig totgeschwiegen. Alle staatlichen Stellen, die in diesem Fall zuständig wären, hüllen sich eisig in Schweigen. Einziger Kommentar des Leiters des Untersuchungsgefängnisses: „Wir untersuchen erst". Zahllose Beispiele solcher „Untersuchungen" haben in der Vergangenheit bereits gezeigt, was da zu erwarten ist: praktisch gar nichts!

Während die. Gefängniswärter und ihre Vorgesetzten, die für den Tod von Günter Braun verantwortlich sind, ruhig schlafen können, ist die Mutter von Günter Braun völlig am Ende. Weil sie einen Nervenzusammenbruch erlitt und in ihrer Verzweiflung Selbstmord begehen wollte, wurde sie Mitte Februar in die Psychatrische Klinik in Nürnberg gebracht...

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!

Farbwerke Hoechst/Frankfurt
Betriebszeitung soll mundtot gemacht werden!

Am 13. Februar klingelt bei dem presserechtlich verantwortlichen Genossen für die Betriebszeitung „Rot Front!“ der Gerichtsvollzieher. An diesem Tag ist bei den Farbwerken Hoechst Betriebsversammlung. Der Gerichtsvollzieher holt eine „Einstweilige Verfügung“ aus der Tasche. Zwölf Äußerungen in dem Hauptartikel der Betriebszeitung seien „unwahr“ und „beleidigend“. Wenn diese weiter verbreitet werden, soll der Genosse 500.000 DM zahlen.

In diesem Artikel werden die üblen Machenschaften und die schmutzige Tätigkeit des Herrn Bendinger entlarvt. Die Farbwerke Hoechst haben diesen Herrn als „Suchtberater“ bei der Betriebskrankenkasse angestellt. In seine Finger geraten alle Kollegen, die als sogenannte „Alkoholkranke“ auffallen.

Bendinger hat nun das Gericht bemüht, um die Verbreitung verschiedener Aussagen zu verhindern. Zum Beispiel: Er sei ein Säufer gewesen. Herr Bendinger erklärte dazu in einer eidesstattlichen Versicherung, das sei anders, er habe sich von seiner Alkoholerkrankung befreit. Und weiter: Es treffe nicht zu, daß er durch seine Tätigkeit „an den Alkoholkranken verdiene“. Darum darf der Genosse auch nicht weiter verbreiten, daß Bendinger mit der Klinik, in die die Hoechst-Kollegen eingeliefert werden, einen Berater-Vertrag hat.

Und die folgenden Zeilen muß der arme Herr Bendinger glatt überlesen haben, denn er erhebt vor Gericht keine Einwände: Er sitzt als Sozialberater im Betriebsrat, hat durch seine schmutzige Tätigkeit enge Verbindung zu den Werksärzten, der Betriebskrankenkasse und der Personalabteilung.“

Die einstweilige Verfügung, die der Suchtberater Bendinger sicher mit den Hoechst-Kapitalisten abgesprochen hat, ist nun schon der zweite Versuch, auf diesem Weg die Verbreitung von Betriebszeitungen unserer Partei zu verhindern. Vor Jahren haben bereits die Anker-Werke in Bielefeld etwas ähnliches gemacht.

Offensichtlich planen die Kapitalisten, diese Form der Unterdrückung der Meinungsfreiheit nun öfter anzuwenden. Der Informationsdienst „Sicherheits-Berater“, der vom „Handelsblatt“ herausgegeben wird, empfiehlt in seiner jüngsten Ausgabe, gegen die linke Agitation mehr die „rechtlichen Möglichkeiten“ auszunutzen: „Die Flugblätter linksradikaler Agitatoren enthalten immer wieder Passagen, die eine strafrechtliche Verfolgung der presserechtlich für sie Verantwortlichen, z. B. nach § 185 oder § 186 StGB rechtfertigen könnte.“ Auf eben diese Paragrafen stützt sich die Verfügung gegen die Betriebszeitung „Rot Front!“. Kämpfen wir gegen diese Unterdrückung der Meinungsfreiheit! Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda!

Gefängnisstrafen für Antifaschisten
Empörung über Terrorurteil

Als Teilnehmer einer Protestkundgebung gegen das faschistische Schah-Regime verurteilte ein Westberliner Gericht jetzt drei junge Arbeiter zu insgesamt zweieinhalb Jahren Gefängnis. Werner Adomatis und Fritz M. zu je einem Jahr; Josef K. zu sechs Monaten. Der Staatsanwalt hatte sogar insgesamt drei Jahre und neun Monate Gefängnis gefordert.

Was war geschehen? Im April letzten Jahres wurde bekannt, daß 200 hohe Vertreter des faschistischen Schah-Regimes in Westberlin feiern wollten. Die Räumlichkeiten stellten ihnen die amerikanischen Imperialisten zur Verfügung — das amerikanische Clubhaus in Dahlem, das den Namen eines aktiven Widerstandskämpfers gegen den Hitlerfaschismus trägt. Westberliner Polizei übernahm den Schutz der Faschisten.

Zunächst blieb alles ruhig. Aber als die Demonstranten begannen, sich zurückzuziehen, provozierte die Polizei eine Schlägerei und fiel über die Demonstranten her. Dabei wurde Werner Adomatis der Helm vom Kopf gerissen, anschließend prasselten Schläge auf ihn ein, gegen die er sich nur mit seinen bloßen Händen notdürftig schützen konnte. Im Krankenhaus wurden Verletzungen an Kopf, Rücken und Händen festgestellt.

Werner, zwei andere Deutsche und ein Perser wurden verhaftet. Während die anderen bald freigelassen wurden, blieb Werner Adomatis neun Tage in Untersuchungshaft. Polizei und Justiz wollten an ihm ein Exempel statuieren. Man warf ihm, der so brutal von der Polizei mißhandelt worden war, „versuchten Totschlag“ vor. Es fand sich auch ein Polizist, der bezeugte, mit einer Stahlrute geschlagen worden zu sein. Insgesamt traten im Prozeß gegen die drei Angeklagten, der jetzt letzte Woche stattfand, neun Polizeizeugen auf. Ihnen wurde natürlich alles geglaubt, Widersprüche, in die sie sich verwickelten, wurden vom Staatsanwalt entschuldigt. Wie dagegen mit den Angeklagten umgegangen wurde, zeigt die Aussage von Werner Adomatis. Werner schilderte, wie ihm der Helm vom Kopf gerissen wurde, er gab an, daß die Schläge nur so auf seinen Kopf prasselten. Kommentar des Staatsanwalts: Das sei nur eine „subjektive Empfindung“ von Werner Adomatis gewesen. Schließlich übernahm das Gericht in seiner Urteilsbegründung alle Punkte der Anklageschrift und verurteilte die drei Angeklagten wegen „schweren Landfriedensbruchs“, „schwerer Körperverletzung“, „schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt“ zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Aber nicht nur Polizei und Justiz leisten so Schützenhilfe für die persischen Faschisten. Am letzten Prozeßtag erschien der Meister aus dem Betrieb eines der drei Angeklagten im Zuschauersaal. Zusammen mit einem Betriebsrat, den er sich mitbrachte, saßen sie von neun Uhr morgens bis sieben Uhr abends da und machten sich viele Notizen. Offensichtlich überlegen sie bereits, wie sie den Kollegen aus dem Betrieb werfen können.

Schon vor Prozeßbeginn war die Empörung über die Anklage gegen die drei Kollegen groß. Prozeßverlauf und Urteil schienen vielen Kollegen unglaublich. Zur Unterstützung der Angeklagten gab die RHD ein Flugblatt heraus. Die CISNU schickte Telegramme aus aller Welt an den Richter. Neun junge Metallkollegen von Siemens verabschiedeten eine Protestresolution, in der sie die Einstellung des Verfahrens und Freispruch für die Angeklagten fordern.

Weg mit dem neuen Polizeigesetz!



Polizei probt Einsatz gegen Arbeiter.

Fortsetzung von Seite 1

walttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen“, dann ist jetzt die gesetzliche Voraussetzung dafür geschaffen, daß sie unter Maschinengewehrfeuer, unter ein Bombardement von Handgranaten genommen wird.

Und was ist denn eine solche Menge anderes als eine Demonstration, ein militanter Streik? Man muß nur einmal in die verschiedenen Planstudien sehen, die schon seit langem in den Polizeistäben zur Niederschlagung von Streiks ausgearbeitet werden. In einer solchen Studie, wie sie vor drei Jahren in der Zeitschrift „Die Polizei“ veröffentlicht wurde, werden etwa Maßnahmen der Arbeiter gegen Streikbrecher als „Ausschreitungen einer aufgehetzten Menge“ bezeichnet.

Jetzt schon hat die Polizei exakte Pläne für solche Streikkämpfe ausgearbeitet. Da gibt es zum Beispiel eine Checkliste, nach der gemeinsam mit der Betriebsleitung eine Aufstellung gemacht wird nach Fragen wie: „Welche Arbeitnehmer sind als besonders radikal und aggressiv bekannt?“ oder „Welche Zugänge hat das Werk? Notausgänge? (Bahnanlagen, Kanalisation, Schlupftore).“ Es ist auch bekannt, daß die Polizei nach entsprechenden Planstudien ständig umfangreiche Anti-Streik-Manöver durchführt. Und bei verschiedenen Kämpfen wie den Metallerstreiks 1973, dem Druckerstreik 1976 ist die Polizei gegen die Arbeiter eingesetzt worden, um mit dem Polizeiknüppel den Streik zu brechen.

Jetzt bereitet sich die Bourgeoisie auf eine Situation vor, wo der Knüppel nicht mehr ausreicht, um die „aufgehetzte Menge“, wie sie es nennen, zusammenzuschlagen. Dann sollen die Maschinengewehre aus den Polizeikasernen geholt und die Kämpfe im Blut erstickt werden. Was könnte deutlicher als dieses neue faschistische Polizeigesetz zeigen, daß Bonn Kurs nimmt auf ein neues 33? Dagegen muß sich der entschiedene Widerstand aller Werktätigen formieren!

Weg mit dem neuen Polizeigesetz!

Faschistische Kunst — heim ins Reich

Bonn. Die Bundesregierung hat von der amerikanischen Regierung etwa 9.000 faschistische Gemälde zurückverlangt, die nach Kriegsende von den amerikanischen Besatzertruppen beschlagnahmt wurden. Die Bilder wurden damals konfisziert mit dem Ziel, „das Wiederaufleben der Naziideologie zu verhindern“. Offensichtlich halten die Bundesregierung und die amerikanischen Imperialisten die Zeit für reif, diese Blut-und-Boden-Kunst wieder in der Bundesrepublik vorzustellen. Kämpfen wir gegen das Wiederaufleben des Nazifaschismus! Nieder mit Reaktion und Faschismus!

UZ: „Die wahren Verfassungsschützer sind wir“

Die Zeitung der DKP hat in der Ausgabe vom 21. 2. ein Gedicht veröffentlicht, das plastisch die Verrätertätigkeit dieser Organisation dokumentiert. Es wurde anläßlich einer Demonstration gegen Berufsverbote in Stuttgart geschrieben.

... Wir marschieren unter einer Brücke durch / Oben werden Fotoapparate gezückt / „Rira-rutsch, wir grüßen den Verfassungsschutz“ / Auch die Polizei, die unsern Zug umschwirrt / kriegt ihren Chor: / „Samstags frei für die Polizei“ / Dann auf dem Schillerplatz / die Kundgebung... /

Und die Schlußzeilen: ... Jemand spricht es aus: / „Die wahren Verfassungsschützer sind wir!“ /

Ein wahres Wort! Wie oft haben diese Verräter schon bei politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen mitgewirkt, denunziert und bespitzelt!

Einmal die Wahrheit gesagt

Das Abstimmungsergebnis fiel noch knapper aus als erwartet
Hauchdünner Sieg der Koalition
245:244 für die Terror-Gesetze
Streit um die innere Sicherheit gipfelt in heftiger Redeschlacht

Münster. Diese Überschrift stand am 17. Februar in den „Westfälischen Nachrichten“. Unwillkürlich hat hier auch mal ein bürgerlicher Tintenkleckser die Wahrheit gesagt.

Rechtshilfebroschüre

RECHTSHILFEBROSCHURE
Worauf muß man achten?
- bei Demonstrationen...
- auf der Polizeiwache...
- bei einer Hausdurchsuchung...
- bei Verfassungsschutzagenten...
- als Festgenommener...

ROTE HILFE DEUTSCHLANDS

88 Seiten, ca. 2 DM

Dortmund: Die Rote Hilfe Deutschlands hat eine neue Broschüre erarbeitet. Zu erhalten bei:

Rote Hilfe Deutschlands, Stollenstr. 12, 4600 Dortmund

Strafanzeigen gegen Schülerzeitungen

Ratzeburg/Bremen. Weil sie diese „Todesanzeige“, die wir hier aus einem Artikel der „Zeit“ übernehmen, in der Schülerzeitung „Insulaner“ veröffentlichten,



Das Deutsche Vaterland trauert um seinen Sohn

Hanns Martin Schleyer †

Verteidiger der Unternehmerfreiheiten

Schon im Dritten Reich setzte er sich in SS-Uniform für Volk und Vaterland ein.

Zu den herausragenden Leistungen seines Lebens zählt die
- Aussperrung -
von 300 000 Metall-Arbeitern.

Staatsbegräbnis mit Bundespräsident als Trauerredner

sollen jetzt fünf Schülerzeitungs-Redakteure in Ratzeburg wegen „Verherrlichung des Terrorismus“ bestraft werden. Diese Anzeige hatte bereits in einer Husumer und Kieler Schülerzeitung gestanden, mit dem Ergebnis, daß die Schulbehörden sie verboten und einstampften. Auch in Bremen geht die Klassenjustiz gegen eine Schülerzeitung vor. Sechs Redakteure der Zeitung „Auf ein Wörtchen“ sind wegen „Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates“ angeklagt. Sie haben den sogenannten Buback-Nachruf abgedruckt. Diese Verfolgungsmaßnahmen gegen Schülerzeitungen demonstrieren die verschärfte politische Unterdrückung auch an den Schulen. Freiheit für die Schüler-Presse!

Ermittlungen wegen „Landfriedensbruch“

Tübingen. Im August 77 demonstrierten etwa 600 Menschen in Tübingen gegen den Besuch faschistischer Politiker Südostasiens in dieser Stadt. Darunter war Adam Malik, 1965 als indonesischer Außenminister mitverantwortlich für die Ermordung von einer Million Menschen. Jetzt, ein halbes Jahr später, sollen die Demonstranten kriminalisiert werden. Schon während der Demonstration hatte nicht nur die Polizei, sondern auch der Anführer der Tübinger Neo-Nazis, Axel Heinzmann, eifrig fotografiert. Die Rote Hilfe Deutschlands hat alle, gegen die ein Verfahren läuft, und alle anderen Antiimperialisten aufgerufen, sich zusammenzuschließen und gegen die Kriminalisierung zu kämpfen.

Faschistisches Spielzeug



Die österreichische Firma Lilliput, die Modelleisenbahnen baut, betreibt offene faschistische Propaganda. Ihre „Schnell-Dampf-Lokomotive“ Art.-Nr. 10504 trägt die Aufschriften „Räder rollen für den Sieg“ und „Erst siegen, dann reisen“. Eine weitere Eisenbahn aus Nazideutschland, Art.-Nr. 10522, ist die „Reichsregierungslokomotive“, mit der die Faschisten durch die Gegend fuhren. Sie zeigt den „Reichsadler mit Hakenkreuz“. Schluß mit der faschistischen Propaganda!

— Anzeige —

Werdet Mitglied der Roten Hilfe Deutschlands!

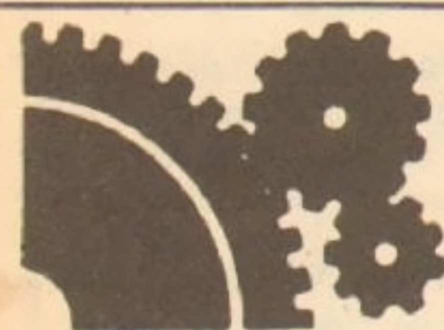


16 Seiten, 0,50 DM

Die Rote Hilfe Deutschlands ist eine Solidaritätsorganisation, die unabhängig von Parteizugehörigkeit und über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg in Westdeutschland und in der DDR diejenigen unterstützt, die Opfer der politischen Unterdrückung, Opfer staatlicher Willkürmaßnahmen werden.
Wendet euch an:
Rote Hilfe Deutschlands, Stollenstr. 12, Eingang Clausthalstraße, 4600 Dortmund.

Spendenkonto der RHD: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 201007 097, H. Held.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Der Erzbischof und die Mitarbeitervertretung

Liebe Genossen,

ich möchte Euch kurz berichten, wie sich die katholische Kirche auf die Wahlen von Mitarbeitervertretungen in ihrem Bereich, d. h. Krankenhäusern, Heimen und sonstigen Dienststellen, vorbereitet. Schaltet das BVG schon jede wirkliche Möglichkeit der Interessenvertretung der Kollegen aus, so ist die Regelung der Rechte und Pflichten einer Mitarbeitervertretung einfach eine Frechheit. Diese MAV muß „angehört" werden, sie kann „beraten" und darf hier und dort „mitwirken".

Die Kirche ist aber aufgrund des „Rechts, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln", dazu befugt (nach geltendem Recht) eigene Ordnungen für ihre jeweiligen Mitarbeitervertretungen zu erlassen. Der Erzbischof von Köln geruht also, dieses Jahr eine neue Ordnung zu erlassen, wohl in der weisen Voraussicht, daß die frommen Sprüche schon etwas abgenutzt sind und man gegen widerspenstige Kollegen, d. h. eben gegen solche, die sich nicht mit dem Vertrösten aufs Jenseits zufrieden geben, eben härtere Maßnahmen ergreifen muß. Zuckerbrot und Peitsche — man muß sie zur rechten Zeit zu handhaben wissen, wird er sich wohl gedacht haben.

Der Herr Erzbischof hat also geruht, in der neuen Ordnung für die Mitarbeitervertretung festzulegen, daß nur Kollegen gewählt werden dürfen, die Mitglied einer Kirche sind. Kollegen also, die dieser verlogenen und reaktionären Einrichtung, die Spendengelder zusammen mit dem amerikanischen Geheimdienst in Südamerika anlegt, die einzig mögliche Antwort gegeben haben, nämlich auszutreten, dürfen nicht Mitglied der MAV werden. „Der Dienst in der Kirche fordert von Dienstgeber und Mitarbeitern die Bereitschaft zu gemeinsam getragener Verantwortung und vertrauensvoller Zusammenarbeit unter Beachtung der Eigenheiten, die sich aus dem Auftrag der Kirche und ihrer besonderen Verfaßtheit ergeben." Das ist der neuen Ordnung für die Mitarbeitervertretung vorangestellt. Statt der Pflicht der Betriebsräte, sich für das Profitmachen der Kapitalisten verantwortlich zu fühlen, hier die „Pflicht", die Verlogenheit und Rückständigkeit der Kirche zu unterstützen.

Ausnahmslos alle Kollegen verurteilten die neue Regelung, als sie bei uns auf der Mitarbeiterversammlung verlesen wurde. Obwohl alle außer mir noch Mitglied der Kirche sind, machen sie doch bei uns im Altenheim tagtäglich ihre Erfahrung mit der Art von Nächstenliebe, wie sie die Kirche versteht. Das sind die Erfahrungen mit Stellenplänen, bei denen die Schwestern auf den Stationen so knapp sind, daß Essenbringen und Saubermachen schon alles ist, was sie für die alten Menschen tun können. Optimale Ausnutzung der Arbeitszeit heißt es, wenn keine Pausen gemacht werden dürfen, es sei denn, man bliebe nach der Arbeitszeit länger. Krank kommt man zur Arbeit, weil jeder sowieso weiß, daß zuwenig Schwestern auf Station sind. Manche haben schon einen Kreislaufzusammenbruch bekommen von der ganzen Hetzerei. Das ist der Alltag bei uns und das alles mit Gottes Segen. Dabei gehört unser Heim nicht einmal zu den schlechtesten.

Mit der neuen Regelung glauben sie sicher, sich vor einer Mitarbeitervertretung gesichert zu haben, die sich allein dem Interesse der Kollegen verpflichtet fühlt. Sie sollen sich getäuscht haben!

Ein Großteil der Kollegen ist sich einig. Wir werden eine Mitarbeitervertretung bekommen, die sich mit den Zuständen wirklich befaßt und sich nicht mit Bibelsprüchen und dem Trost, daß die Arbeit zur Ehre Gottes wäre, zufriedengibt. Das wird diese neue Regelung nicht verhindern!

Kampf um Festgeldforderung

Am städtischen Klinikum in Nürnberg entbrannte eine Diskussion um die Aufstellung einer Forderung zur Tarifrunde. Während die ÖTV eine „Diskussionsgrundlage" ausgab, in der Propaganda für eine Einkommensforderung von 7,5 Prozent gemacht wurde, erarbeitete der Arbeitskreis „Gesundheitswesen" eine Festgeld-Forderung von 200 DM für alle. Sie wurde von den Vertrauensleuten am Krankanhaus einstimmig verabschiedet. Eine Krankenschwester schreibt dazu:

Am 23. 1. war dann Gesamtmitgliederversammlung der ÖTV. Karl Zink, hauptamtlicher Sekretär der ÖTV fürs Krankenhaus kam mit dem Gegenpapier für die Prozentforderung.

Die Diskussionen klärten dann die Fronten: Zink versuchte, mit Einschüchterung und Drohungen, die 200-DM-Forderung zu Fall zu bringen. Dabei hoffte er, sich vor allem auf die Putzfrauen stützen zu können. Doch diese sagten ihm klipp und klar: „200 DM sind gerecht, also fordern wir sie. Wenn die Stadt privatisiert, tut sie es so oder so. Unsere einzige Möglichkeit in der momentanen Situation ist, offensiv vorzugehen." Gerade das Argument der Privatisierung und Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Festgeldforderungen wurde von den Kollegen als klarer Spaltungs- und Einschüchterungsversuch der ÖTV-Gremien entlarvt.

Viele Kollegen, die noch nicht so ganz auf der Seite der 200-DM-Forderung standen, unterstützten sie, als Zink provozierend sagte, diese Forderung sei von „Linksradikalen" aufgestellt worden, um die Gewerkschaft zu spalten. Zink erntete böse Buh-Rufe, und die Feststellung eines Kollegen, daß die ÖTV selbst spaltet, wenn sie sich gegen die gerechten Forderungen der Basis stellt. Ein anderer Kollege meinte, diese Sitzung sei wohl nicht zur „Diskussion über die Forderungen der ÖTV zur Tarifrunde" einberufen, sondern hier solle allein ein pseudodemokratisches Spielchen getrieben werden und die Kollegen gezwungen werden, den Hauptvorstand zu unterstützen. Sonst sei man schließlich „linksradikal" und könne ausgeschlossen werden. Der Kollege bekam tosenden Beifall.

Die Abstimmung zeigte dann klar: eine Stimme (die Oberin) für die 7,5 Prozent, der Rest (ca. 50 Kollegen) für 200 DM. Keine Enthaltungen.

Rotfront!

Eine Krankenschwester

Empörung über 4%-Abschluß

Auf große Empörung bei den Stahlarbeitern ist der Vier-Prozent-Abschluß des IGM-Apparats gestoßen. Das konnte ich feststellen, als wir bei Hoesch in Dortmund die „Stählerne Faust", die Zeitung der Betriebszelle, verteilten. Dienstag früh informierte die „Stählerne Faust" die Kollegen über die Entscheidung der Tarifkommission. Für den Schichtwechsel wurde die Verteilung der Broschüre „Was will die RGO?" angekündigt.

Mittags dann stehen neben uns Verteiler der IGM mit ihrer „Tarif-Information" am Tor. „Akzeptabler Tarifabschluß", mit dieser Schlagzeile verhöhnen die Bonzen die Gewerkschaftsmitglieder. „Ihr habt uns verraten und verkauft." Diese und ähnliche Äußerungen müssen sich die IGM-Verteiler von den Kollegen anhören. Die RGO-Broschüren gehen weg wie warme Semmeln. Ein Kollege, die RGO-Broschüre in der Hand, rennt plötzlich zurück. „Hier", ruft er dem IGM-Verteiler zu, „revolutionär — das ist richtig. Das müßt ihr mal lesen!"

Ein Genosse aus Dortmund.

Metalltarifrunde

Metaller fordern Urabstimmung

„Sofortige Urabstimmung für Streik!" Mit dieser Forderung brachte am Montag die „Zündkerze", Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel/Bochum, die Stimmung breiter Teile der Kollegen nicht nur bei Opel zum Ausdruck. Die Genossen schreiben weiter: „Die Schlichtung ist gescheitert. Jetzt müssen unverzüglich Kampfmaßnahmen eingeleitet werden! Die Kapitalisten wollen uns endgültig mit 4,8 Prozent abspeisen. Ist das eine Lohnerhöhung? Das ist ein Almosen!"

1.000 Kollegen bei Opel hatten am Donnerstag bereits ihre Kampfbereitschaft gezeigt, für die volle Durchsetzung der Acht-Prozent-Forderung. Eine Stunde ruhte die Arbeit, standen Maschinen und Bänder. Überall im Betrieb tauchten gelbe Kleber der RGO auf mit der Forderung „Schluß mit dem Schlichtungsbetrug" und „Sofortige Urabstimmung für Streik!" Insgesamt 70.000 Metaller beteiligten sich an kürzeren Warnstreiks in NRW.

Ebenfalls am Donnerstag traten insgesamt 1.600 Kollegen der HDW-Kiel in den Werken Gaarden und Dietrichsdorf für eine Stunde in den Warnstreik. Im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden verging seit Beginn der Verhandlungen kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo die Kollegen einen Warnstreik durchführten. Über 150.000 — das ist mehr als jeder vierte Metaller — haben sich dort bisher an den Warnstreiks beteiligt. Immer häufiger werden Warnstreiks ausgedehnt: So streikten z. B. bei Braun und Co. (Stuttgart) 45 Kollegen zweieinhalb Stunden lang. Bei Hesser ging zwei Drittel der Belegschaft schon um 15.15 Uhr nach Hause.

Angesichts dieser Kampfbereitschaft blieb den Verhandlungs- bzw. Tarifkommissionen der IGM in NRW und Nordbaden/Nordwürttemberg nichts anderes übrig, als die Schlichtung für gescheitert zu erklären und beim Hauptvorstand die Urabstimmung zu beantragen.

Aber der IGM-Apparat bereitet schon jetzt den Verrat nach dem Muster der Stahltarifrunde vor. Auf der Mitgliederversammlung der IGM in einem Stuttgarter Großbetrieb ließ ein Bonze der Ortsverwaltung die Katze aus dem Sack, als er erklärte, daß der IGM-Apparat eine fünf vor dem Komma beim Abschluß für einen „akzeptablen Kompromiß" hält. Ein Arbeiter brachte die Empörung seiner Kollegen darüber so zum Ausdruck: „Wenn ihr mit fünf Prozent abschließt, könnt ihr was erleben... Dann ist es mit der Mitgliederwerbung aus... Dann werden euch eine ganze Reihe aus meiner Abteilung das Mitgliedsbuch hinschmeißen."



Nach dem Streik informierten die Genossen bei Opel Bochum sofort die Gegenschicht.

Besonderen Unmut löste die Meldung von der „neuen Streiktaktik" in Stuttgart aus: So sollen die beiden Großbetriebe Bosch und Daimler vom Streik ausgenommen werden, nur einige Mittel- und Kleinbetriebe sollen eventuell bestreikt werden. Ein Kollege, der das scharf kritisierte, bekam dafür viel Beifall. Da half auch nichts, daß die Bonzen zeterten, jede Woche Streik im dortigen Tarifbezirk koste die IGM 90 Millionen Mark und außerdem sei bei solchen Schwerpunktstreiks die Gefahr der Aussperrung nicht so groß. Kollegen in den Abteilungen, die von dieser Versammlung hörten, waren empört: „Die Beiträge wollen sie erhöhen, aber beim Streik kein Geld rausrücken."

Auf der Mitgliederversammlung in Stuttgart jammerten die Bonzen selbst darüber, daß die Kollegen, die sich dort zu Wort meldeten, überhaupt „kein Vertrauen in die Leitungen der IG Metall" hätten. Aber was haben diese Herren denn anderes erwartet? Gerade jetzt, nach dem Schandabschluß bei Stahl, wächst bei den Kollegen die Einsicht, daß sie dem Apparat nicht vertrauen können, daß sie den Kampf in die eigenen Hände nehmen müssen.

Druckereiarbeiter wollen Vollstreik

Fortsetzung von Seite 1

Und der IG-Drupa-Apparat? Er hatte mit den Kapitalisten einen Tarifvertrag ausgehandelt, der praktisch den geplanten Rationalisierungsfeldzug gegen die Kollegen absegnet. Am Widerstand der Kollegen ist dieser Vertrag gescheitert. So drohte etwa der gesamte Frankfurter Ortsverein der IG Drupa im Falle seiner Annahme den Austritt an. Die Tarifkommission sah sich so gezwungen, den schon ausgehandelten Vertrag abzulehnen.

Wer aber geglaubt hatte, der Drupa-Apparat würde jetzt zu Kampfmaßnahmen übergehen, wie es die Kollegen nachdrücklich forderten, sah sich getäuscht. Die Bonzen boten den Kapitalisten an, Firmenverträge abzuschließen, sie reden von punktuellen Urabstimmungen und befristeten Schwerpunktstreiks. So wollen sie jetzt die Kampffront aufspalten, mit allen Mitteln einen einheitlichen Streik verhindern. Und mit hinterhältiger Demagogie versuchen sie auch noch die Druckarbeiter selbst für dieses üble Manöver verantwortlich zu machen. Ein breiter Streik, so sagen sie, ist nicht möglich, weil die kleineren Betriebe nicht mitziehen würden. Aber die Kampfaktionen der letzten Wochen, in die auch Klein- und Mittelbetriebe einbezogen waren, schlagen diesen Lügen ins Gesicht.

Der „Rotdruck", die Zeitung der KPD/ML für die Hamburger Druckbetriebe, schrieb: „Die Stimmung ist eindeutig: Die Alternative heißt für die Kollegen Vollstreik! Und zwar so lange, bis unsere Forderungen nach Arbeitsplatzsicherung, Gesundheitsschutz und Lohnsicherung voll erfüllt sind!"

Unternehmer stellt Zahlung von Arbeitslosenversicherung ein

Fortsetzung von Seite 1

cherlich eine ganze Menge dieser Arbeitsscheuen gibt."

„Aha, dann ist das also richtig, daß der Herr Minister auch Verständnis für Ihre Lage hatte."

„Ja, ganz genau. Er bittet verstärkt darum, daß wir diese Fälle den einzelnen Arbeitsämtern, die da zuständig sind, ganz klar aufzeigen, und er verweist auch in diesem Zusammenhang darauf, daß man diesen Leuten einen Lohnstop einräumen kann, und wir sollen doch da verstärkt mit den Arbeitsämtern zusammenarbeiten, um zu bewirken, daß diese Leute, jedenfalls für eine gewisse Zeit, kein Geld mehr bekommen."

So sieht es also wirklich aus mit der angeblichen Sorge um die Arbeitslosen, von der die Bundesregierung immer heuchlerisch schwätzt. Man muß sich das einmal vorstellen: Der Personalchef Kurt gibt am Telefon, auf den ungesetzlichen Charakter des Gaunerstücks angesprochen, ganz offen zu: „Das ist richtig. Das ist nicht gesetzlich. Das ist uns bekannt." Und der Minister Ehrenberg schert sich genauso wie der Kapitalist Hölscher einen Dreck um die Gesetze, ja er ermuntert Hölscher sogar noch. In seinem Brief an den Kapitalisten weist er auch gleich noch auf einige „einschlägige Verschärfungen" hin, die von seinem Ministerium und der Bundesanstalt für Arbeit in den letzten Monaten beschlossen wurden. Verschärfungen, die es z. B. den Kapitalisten erlauben, auf Kosten des Arbeitsamts Arbeitslose als „Probebeschäftigte" für sich schuften zu lassen.

Und wenn sich diese Arbeitslosen gegen die Ausbeutung wehren, wenn der Unternehmer sie deshalb loswerden will, werden sie postwendend vom Arbeitsamt als „nicht verfügbar" abgestempelt. Und das heißt: Ihre Unterstützung wird gesperrt. Auch eine Methode, um das Problem mit dem Arbeitslosengeld zu lösen. So sieht es wirklich aus in diesem angeblichen Sozialstaat. Und jetzt wird auch noch ein Typ wie Hölscher, der sich als Vorreiter einer unverschämten Kampagne gegen die Arbeitslosen versteht, mit ministeriellem Segen ausgestattet.

Muß man da nicht an die DDR denken, wo es nach offizieller Lesart ja keine Arbeitslosen, eben auch nur „arbeitsscheue Elemente" und wo es von vornherein keinerlei Anspruch auf Unterstützung gibt?

Aber solche Verhältnisse wollen die Werktätigen ebensowenig wie die schrittweise Einschränkung der Rechte der Arbeitslosen, den ständigen Abbau der Unterstützung, wie sie der Bonner Staat betreibt. Sie werden auch keine Provokationen von der Art hinnehmen, wie sie jetzt von Hölscher mit Hilfe der Behörden betrieben werden. Und wo steht der Gewerkschaftsapparat? Ist es ein Wunder, daß sich die IGM im Fall Hölscher nicht gerührt hat?

Nein, die DGB-Bonzen sitzen selbst im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit. Sie haben zu all den „einschlägigen Verschärfungen" ihre Zustimmung gegeben. Was könnte deutlicher zeigen, daß sie genauso wie die Ehrenberg und Co. geschworene Feinde der Werktätigen sind. Auf diese Bonzen können sich die Arbeitslosen genauso wenig stützen wie die Kollegen im Betrieb. Auch sie können sich nur dann erfolgreich wehren, wenn sie den Kampf für ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen.

"Der Mann, von dem man morgen spricht"

So wird der IGM-Vorsitzende von Baden-Württemberg, Franz Steinkühler, von der bürgerlichen Presse gelobt. „Konfliktfreudig" heißt das Wort, das immer mit seinem Namen verbunden wird. Viele sehen in ihm den „Mann mit Zukunft" (Brandt) und die „Symbolfigur für eine neue Generation von Gewerkschaftern" (SPD-„Vorwärts"). Er gilt für die Zukunft als „neuer Chef der IG-Metall".

Natürlich ist es kein Zufall, daß gerade jetzt die Werbetrommel für Steinkühler so heftig gerührt wird. Die Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft in den Betrieben ist enorm gewachsen. Tarifvereinbarungen zwischen Gewerkschaftsapparat und Unternehmern werden von den Kollegen abgelehnt und mit Kampf beantwortet. Das Mißtrauen in den Gewerkschaftsapparat und die Bereitschaft der Arbeiter, selbständig, ohne und gegen die Bonzen zu kämpfen, nimmt immer mehr zu. Um nicht noch mehr Einfluß auf die Arbeiter zu verlieren, muß ein neuer Mann her. Einer, der vorgibt, den Unternehmern endlich mal zu zeigen, was eine Harke ist, kurz:

Der „Streikmacher" Franz Steinkühler

Dieser Kämpfer sitzt seit letzter Woche als Mitbestimmer im Aufsichtsrat der Daimler Benz AG. Dort wird er sicher „konfliktfreudig" die Forderungen der Kollegen auf den Tisch bringen, so wie er das schon 1975 als Aufsichtsrat von Audi/NSU gemacht hat. Damals sagte er: „Manchmal wollen wir und das Kapital dasselbe." Damals wollte das Kapital die Schließung des Werks in Neckarsulm. Die Audi-Kollegen aber wollten den Kampf gegen diese Bedrohung ihrer Existenz. Auf einer Gewerkschaftskundgebung in Neckarsulm wiegelte Steinkühler damals derartig die Kampfbereitschaft der Kollegen ab, daß er in vertrautem Kreis frohlockte, seine Rede habe „wie eine kalte Dusche für die Kollegen" gewirkt.

Als 1973 88,8 Prozent der Metaller von Nord-Württemberg/Nord-Baden den Streik wollten, zog er es vor, selbständigen Streiks der Kollegen zuvorzukommen und den Streik in die Hand der IGM zu nehmen. Aber auf Sparflamme, versteht sich, als „Schwerpunktstreik". Sogar Blüm von der CDU mußte ihm „konsequente gewerkschaftliche Verantwortungsbereitschaft" bescheinigen.

Da kann es nicht ausbleiben, daß so ein verdienter Funktionär seinen Weg nach oben macht. Seine Geschwindigkeit und Zielstrebigkeit dabei ist denn auch atemberaubend:

Mit 14 Jahren fing er 1951 an als Lehrling. Mit 21 war er bereits Meister. Sein Bildungshunger aber ließ ihm keine Ruhe: Er machte noch schnell einen Kurs als Refa-Zeitnehmer (Stopper) dazu. Und so, als hätte er das vorher nicht gewußt, sagt er heute: „Bei dieser Tätigkeit blieb mir gar nichts anderes übrig, als die Kumpel zu bescheißen, ob ich wollte oder nicht."

Aber auch diese Erfahrung im „Bescheißen" der Kollegen kam ihm offensichtlich zugute: Es dauerte nicht lange, und die IGM holte ihn als hauptamtlichen Funktionär in die Bezirksleitung der IGM in Baden-Württemberg, mit 35 Jahren.

„Aber", so gibt der IG-Metall-Sekretär Franz Steinkühler seine Zukunftsvisionen bekannt, „als Gewerkschafter muß man einen Fixstern weit vor sich haben, den man immer anstrebt." Preisfrage: Ist der Chef-Posten der IGM ein Fixstern?

Oppositionelle Liste bei Bosch-Siemens-Hausgerätewerk Westberlin

Aus Westberlin erreichte uns der nachfolgende Bericht der oppositionellen Liste „Wehrt Euch" über Wahlbehinderungen durch die IGM-Bonzen:

Am 20. 2. wurde die oppositionelle Liste „Wehrt Euch" beim Wahlvorstand eingereicht. Auf ihr kandidieren eine Kollegin und zwei Kollegen. Trotz der massiven Hetze gegen die Kandidaten, trotz Einschüchterungsversuchen gegenüber den Kollegen konnten die Betriebsratsbonzen das Aufkommen der Liste nicht verhindern. Bei der Auslosung erhielt sie die Nr. 3.

Während des Unterschriftensammelns versuchten die Betriebsratsbonzen, mit allen Mitteln zu verhindern, daß Kollegen unterschrieben. Da im Bosch-Siemens-Hausgerätewerk ca. 80 Prozent ausländische, meist türkische Kollegen arbeiten, traten vor allem die türkischen IGM-Betriebsräte in Aktion, die ja gleichzeitig Dolmetscher sind. Sie setzten besonders die türkischen Frauen unter Druck. Sie behaupteten einfach, die Kandidaten der oppositionellen Liste seien DDR-Kommunisten und man sehe ja, wie schlecht es dort den Arbeitern gehe. Oder sie behaupteten, die Kandidaten seien gegen die demokratische Persönlichkeitswahl und machten deswegen eine eigene Liste. 14 Frauen hielten dieser Hetze und diesem Druck nicht stand und zogen noch während des Unterschriftensammelns ihre Unterschrift zurück.

Insgesamt aber ließen sich die Kollegen nicht einschüchtern. Eine Zusammenfassung des Wahlprogramms, das die Kandidaten den Kollegen beim Unterschriftensammeln in deutsch und türkisch vorlegten, fand bei sehr vielen Kollegen Zustimmung. Das massive Auftreten der Betriebsratsbonzen führte gerade dazu, daß die Kandidaten Unterstützung bei den Kollegen fanden. So z. B., als die Kandidatin mittags bei Schichtwechsel in die Stanzerei ging. Nach einigen Minuten waren vier Betriebsratsbonzen zur Stelle, und die Hetzerei ging von vorn los. „Kollegen, unterschreibt nicht, das sind Kommunisten, Unruhestifter." Als die Kandidatin den Betriebsratsvorsitzenden Kahl, der am lautesten Stimmung machte, darauf hinwies, daß das Wahlbehinderung sei und er mit einem Verfahren rechnen müßte, antwortete dieser: „Mach nur, mach nur. Wir machen mit euch noch ganz etwas anderes!"

Ja, mit vier Bonzen gegen eine Frau, da fühlte er sich stark. Aber er hatte sich bei den Kollegen verrechnet. Denn die vier Betriebsratsbonzen mußten unverrichteterdinge wieder abziehen. Die Kollegin blieb, und sehr viele Kollegen gaben ihre Unterschrift.

Ständig rannten die Betriebsratsbonzen hinter den Kandidaten her. Sie blieben sogar extra in der Spätschicht da. Viele Kollegen sagten: „Was ist denn hier los, so viele Betriebsräte haben wir in der Abteilung die letzten drei Jahre nicht gesehen!" Die Kandidaten der oppositionellen Liste haben sich mündlich und schriftlich über diese Wahlbehinderung beschwert. Natürlich änderte sich nichts. Daß die oppositionelle Liste trotz all dieser Manöver steht, ist ein Erfolg für die Kollegen, und für den IG-Metall-Apparat eine Niederlage. Denn die Kandidaten der oppositionellen Liste „Wehrt Euch" haben der Mauschelpolitik des IGM-Betriebsrats mit der Geschäftsleitung den Kampf angesagt. Sie vertreten kompromißlos die Interessen der Kollegen.

Das unerschrockene Auftreten der Kandidaten war die beste Werbung für diese Liste. Die Art und Weise, wie die Betriebsratsbonzen gegen die Liste vorgingen, hat einer Reihe von Kollegen die Augen über den reaktionären Charakter des IGM-Apparats geöffnet.

Saarland

Demonstration gegen Vernichtung von 8800 Arbeitsplätzen

Etwa 8.000 saarländische, lothringische und Luxemburger Stahlarbeiter demonstrierten in der letzten Woche eine Stunde lang durch die Stahlstadt Neunkirchen im Saarland. Sie protestierten gegen die geplante Vernichtung von 8.800 Arbeitsplätzen bis 1983 und weitere Maßnahmen, darunter die Stillegung des Neunkircher Eisenwerks. Das sehen die Pläne des luxemburgischen Arbed-Konzerns vor, die wenige Tage vorher veröffentlicht worden waren. Auf dieser Demonstration brachten die Kollegen ihre Empörung über diese Pläne zum Ausdruck, die auch die Vernichtung der Arbeitsplätze von 3.000 Beschäftigten in der Zubringerindustrie zur Folge haben würde. Dementsprechend fand die Demonstration lebhafte Unterstützung bei der Neunkircher Bevölkerung. In der Neunkircher Region gibt es ohnehin schon 9.000 Erwerbslose (11 Prozent)!

Aber auch Mitglieder von Landtag und Bundestag sowie Pfaffen nahmen an der Demonstration teil. Die Absicht war klar: „Ungesetzliche" Aktionen der aufgebrachten Stahlarbeiter sollten verhindert, die Empörung in ruhige Bahnen kanalisiert werden. Das war die Aufgabe dieser Spitzel des Kapitals. Aber auch der IG-Metall-Apparat, der zu dieser Demonstration aufgerufen hatte, verfolgte nur das Ziel, Dampf abzulassen und die Empörung zu besänftigen, indem er Illusionen erweckte. So stellte er die betrügerische Losung nach Verstaatlichung der saarländischen Stahlindustrie auf. Wortradikal forderte er: „Die Hüttenwerker dürfen nicht länger Spekulationsobjekt der Kapitalisten bleiben."

Die Verstaatlichung der Stahlindustrie würde aber keine Änderung der Lage bringen, denn im Kapitalismus handelt der Staat stets im Interesse der Monopole. Der Staat würde für hohe Steuergelder die Hüttenwerke aufkaufen, sie drastisch „sanieren", wobei noch mehr Arbeitsplätze vernichtet würden, um sie dann eventuell sogar für einen Spottpreis wieder zu „verprivatisieren". So ist es dem Ruhrbergbau ergangen. Tausende von Bergarbeitern wurden nach der Bildung der halbstaatlichen Ruhrkohle AG wegrationalisiert.

Durch die demagogische Parole von der „Verstaatlichung" sollen die Stahlarbeiter davon abgehalten werden zu erkennen, daß sie gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze nur im unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Stahlmonopole und ihren Staat kämpfen können.

Revolutionäre Betriebsräte berichten



Genosse Volker Nieber, bis zur Pleite von JASA dort Roter Betriebsratsvorsitzender, inmitten von Kollegen

Die JASA war ein kleiner Textildruckbetrieb bei Tübingen. Als ich dort anfing, gab es keinen Betriebsrat. Und so war die Organisierung einer Betriebsratswahl 1976 unser erster wichtiger Schritt im gemeinsamen Kampf gegen schlechte Arbeitsbedingungen, ungleiche Löhne, unpünktliche Lohnzahlungen, Arbeitszeiten von 12 Stunden und mehr usw.

Durch genaue Kenntnis des Betriebsverfassungsgesetzes konnten wir dieses reaktionäre Gesetz an bestimmten Punkten gut für uns ausnutzen. — Es gab nur eine Liste, also Persönlichkeitswahl. Durch breite Diskussion unter den Kollegen wurden unbeliebte großsprecherische Kandidaten schon vor der Wahl zum Rückzug von der Kandidatur veranlaßt. Ein Teil der restlichen sechs Kandidaten — darunter ich — stellten ein betriebliches Kampfprogramm auf, das von den Kollegen sehr begrüßt wurde. Das Wahlergebnis gab uns recht: Unter den Kollegen als Kommunist bekannt (noch dazu mit einem Antikriegstagsprozeß am Halse) bekam ich mit 83,3 Prozent bei weitem die meisten Stimmen von den drei gewählten Betriebsräten. Das waren natürlich hauptsächlich Stimmen für unsere betrieblichen Forderungen, für unsere kämpferische Haltung und die klare Absage an jede Mauschelpolitik hinter verschlossenen Bürotüren.

Und hätten wir nicht an dieser Linie festgehalten, der Kampf der JASA-Belegschaft wäre nicht so erfolgreich verlaufen. Ich will das an zwei von vielen Beispielen erläutern: Als es mit der Firma bergab ging, sollte wieder mal der Lohn nicht pünktlich gezahlt werden, die Kollegen brauchten aber das Geld. Wir stellten die große Kampfbereitschaft fest und organisierten die Vorbereitung des Streiks zum 16. März '77. Auf den 11. März berief ich eine Betriebsversammlung ein, dazu erschien der örtliche Gewerkschaftsbonze und hetzte zusammen mit dem Chef Jacobi gegen das Flugblatt. Sie versuchten die Kollegen zum Stillhalten zu bewegen. Aber für die Versammlung hatten wir nicht umsonst diesen Zeitpunkt gewählt. Im Rechenschaftsbericht des Betriebsrats (für die italienischen Kollegen auch in italienisch vorgetragen) zählte ich auf, was alles sich die Kollegen in der Vergangenheit hatten gefallen lassen, entlarvte die Versprechungen der Chefs als faule Demagogie, die nur die Kollegen betrügen soll und schloß mit einem klaren Streikaufruf: Das Maß ist voll! Wir glauben Jacobi nicht mehr, und die Kollegen werden einmütig in den Streik treten, wenn am 15. nicht gezahlt wird. Daraufhin bekräftigten mehrere Kollegen unter Beifall diese klare Haltung, und die ganze Belegschaft konnte sehen: Wir sind einig. Für den erfolgreichen Streik war das eine wesentliche Voraussetzung. Auch am Streiktag stand ich an der Spitze der Kollegen und führte auch alle Verhandlungen mit Jacobi so, daß die Kollegen jederzeit wußten, was gespielt wird (offene Bürofenster sind manchmal sehr wirkungsvoll).

Als die Firma bald darauf pleite ging, wußte jeder: Ohne Streik hätten wir das Geld nie mehr gesehen. Deshalb nahmen die Kollegen auch nun die Sache selbst in die Hand: Ein Komitee wurde gebildet, ein Büro besetzt, die Papiere und Abrechnungen von den Kollegen selbst fertiggemacht. Wir sorgten für Einheit und Klarheit, indem wir jede Woche mindestens zwei Betriebsversammlungen durchführten, wo den Kollegen ausführlich die Lage erklärt wurde. Wir hatten immer einige Erfolge vorzuweisen, die die Kampfmoral besserten, wir erklärten immer die Taktik unserer Feinde (Kapitalisten, Bürokraten vom Arbeitsamt, Gewerkschaftsbonzen, Gerichte). Und wir erläuterten mehrere Möglichkeiten für unsere nächsten Kampfmaßnahmen und warum diese oder jene Taktik zum Erfolg, die andere zur Niederlage führen müßten. Über jede einzelne Taktik wurde abgestimmt und die Vertreter der Belegschaft gewählt. So wußten die Kollegen immer genau, was läuft, wußten: Was jetzt gemacht wird und von wem, ist unser Beschluß. So konnten uns unsere Feinde nie spalten mit ihrer Standardbehauptung, hier wolle nur ein Kommunist sein Parteisüppchen kochen. Jederzeit konnten wir die Kollegen mobilisieren, wenn Aufgaben verteilt werden mußten oder wenn es wieder einmal nötig war, einem Amt, Gericht oder der Gewerkschaft mit einer starken Delegation in „Kriegsstärke" (so ein Tübinger Richter) auf die Bude zu rücken, und es wurde fröhlich gefeiert, wenn die Kollegen auf diese Art die Bürokraten auf ihren Stühlchen zittern gesehen hatten.

Die JASA-Kollegen haben gesehen, wieviel gemeinsamer entschlossener Kampf der Arbeiter erreichen kann, auch wenn wir nur ein kleiner 35-Mann-Betrieb waren, wie wertvoll ein revolutionärer Betriebsrat für den Kampf sein kann. Sie haben erlebt, daß nur die Kommunisten bedingungslos für die Sache der Arbeiterklasse eintreten — nicht nur indem sie davon reden und schreiben, sondern durch Taten im praktischen Kampf. Folgerichtig haben dann auch die JASA-Kollegen für meinen Freispruch im Antikriegstagsprozeß gekämpft und sehr großen Anteil an diesem Sieg gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Der „Rote Morgen" ist bei etlichen ehemaligen JASA-Kollegen eine gern gesehene Zeitung geworden, und die KPD/ML eine politische Kraft, die sie zu schätzen wissen.

Gerd Coldewey hat Prozeß vor dem Landesarbeitsgericht gewonnen

Gerd Coldewey, revolutionärer Betriebsrat bei Felten und Guillaume, Nordenham, hat jetzt einen Prozeß vor dem Landesarbeitsgericht gewonnen. Das Gericht sah sich gezwungen, einen Antrag der reaktionären IG-Metall-Betriebsräte, Gerd aus dem Betriebsrat auszuschließen, in zweiter Instanz abzulehnen.

Gerd hatte bereits einen Prozeß gegen die fristlose Kündigung durch die Felten und Guillaume-Kapitalisten gewonnen, darf aber trotzdem nicht das Werk betreten.

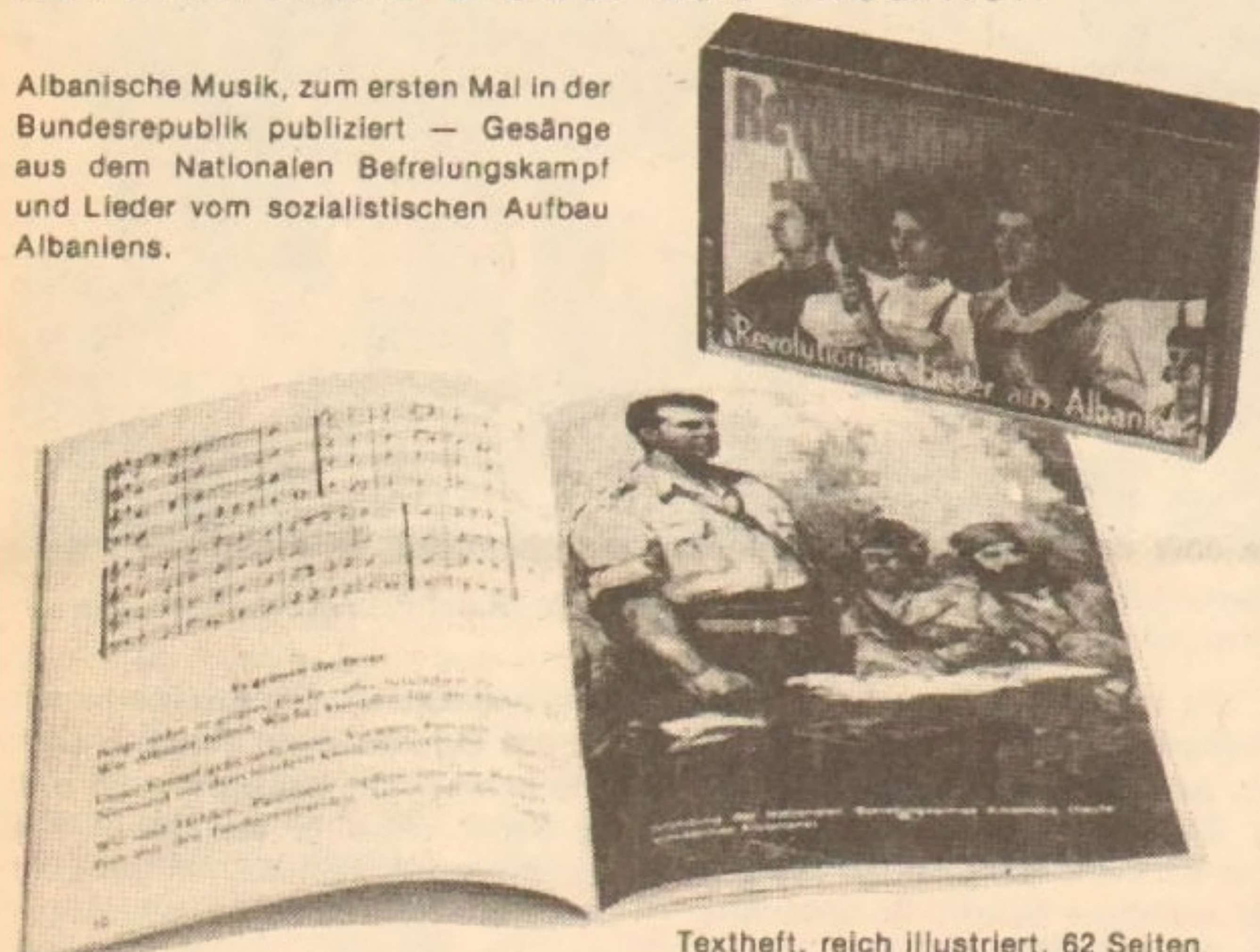
GEWISO-Buchvertrieb Postfach 50 05 68 2000 Hamburg 50

Jetzt lieferbar **Cassette:**

Revolucioni marshon — die Revolution marschiert

Revolutionäre Lieder aus Albanien

Albanische Musik, zum ersten Mal in der Bundesrepublik publiziert — Gesänge aus dem Nationalen Befreiungskampf und Lieder vom sozialistischen Aufbau Albaniens.



Textheft, reich illustriert, 62 Seiten

- **Vorwort zur Entwicklung der Volkskunst in Albanien**
- **Noten, albanische Texte und deutsche Übersetzungen zu einer Reihe von Liedern**
- **zu den anderen Liedern kurze inhaltliche Erläuterungen**
- **eine Passage aus dem Buch „Aus den Kämpfen der I. Sturmbrigade" von Mehmet Shehu, heute Vorsitzender des Ministerrats der SVR Albanien**
- **Abdruck des 1. Kapitels des Gedichts „Mutter Albanien" von Dritero Agolli**

C 60 + 6 Agfa Super Ferro Dynamic, Mono-Cassette und Textheft, **Preis 14,80 DM.**

(Mitteilung des Verlags: Die beiden bereits früher angekündigten Cassetten „Freiheit" — Lieder der internationalen Arbeiterbewegung und „Gewehre oder Ketten" — Arbeiter- und Bauernlieder aus Deutschland, mußten wegen technischer Mängel zurückgezogen werden. Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt erscheinen. Wir werden Sie darüber informieren.)

Soeben erschienen

„Der Tag wird kommen..."

Reportagen, Berichte, Korrespondenzen



Auswahl von Beiträgen zum Artikelwettbewerb „Der ,Rote Morgen' gibt die Wahrheit wieder" anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Zeitung „Roter Morgen" im Sommer 1977. Die hauptsächlich von Arbeitergenossen geschriebenen Korrespondenzen enthüllen in lebendiger und überzeugender Darstellung die Verkommenheit, Menschenverachtung und Fäulnis unseres kapitalistischen Gesellschaftssystems und zeichnen zugleich ein Bild des wachsenden Kampfes der Werktätigen dagegen. Die Beiträge sind Beispiel und Beweis für das Anwachsen einer Arbeiter- bzw. Volkskorrespondentenbewegung. Sie zeigen, daß jeder, der im Kampf steht, seinen Beitrag, seine Erfahrung beisteuern kann. Dieser kleine Band sollte und wird sicher weitere Genossen, Kollegen und Freunde anregen und ermuntern, das, was sie für erwähnenswert halten, kurz niederzuschreiben und mit ihren Beiträgen die Pressearbeit der Partei zu unterstützen, unsere Zeitung „Roter Morgen" zu einem immer besseren Sprachrohr der Arbeiter und Werktätigen zu machen.

120 Seiten, mit Illustrationen, Preis 3,80 DM

M. I. Kalinin — Über kommunistische Erziehung

Band 4 in der Reihe „Kleine Bücherei der Roten Garde"

Wichtige Reden und Aufsätze eines hervorragenden Bolschewiken, Mitkämpfers von Lenin und Stalin, zu Fragen der Agitation und Propaganda und zu Problemen der kommunistischen Erziehung der Jugend. Kalinins Schriften gehören zu den besten marxistisch-leninistischen Beiträgen auf diesem Gebiet, aus denen wir auch für unsere Arbeit heute sehr viel lernen können.



176 Seiten, kurzes Vorwort zum Lebensweg M. I. Kalinins Preis 6,00 DM, im Abonnement 5,00 DM

Werktätige Frauen berichten

"Wir Frauen werden eine Gehaltsstufe tiefer eingestuft"

Ich bin 27 Jahre alt, verheiratet, ein Kind. Ich habe eine abgeschlossene kaufmännische Lehre und arbeite seit über acht Jahren als kleine Angestellte im Büro. Außer in meiner Lehrzeit, wo Jungen wie Mädchen gleich wenig Lehrgeld bekamen, habe ich bis jetzt selten erlebt, daß Männer und Frauen im Büro für die gleiche Arbeit gleichen Lohn bekamen.

Natürlich gehen die Kapitalisten nicht so offen vor, daß sie offizielle Frauenlohngruppen einrichten. Tatsache ist aber, daß wir als Frauen in der Regel eine Gehaltsgruppe tiefer eingestuft werden als unsere Kollegen, wenn wir eine gleichwertige Arbeit machen.

Ich habe u. a. zwei Jahre in einer Verkaufsabteilung eines großen Chemiekonzerns gearbeitet. Sämtliche Frauen, die als Sachbearbeiterinnen eingestellt waren, haben weniger verdient als die Kollegen. Dabei haben wir Frauen oft noch das „Privileg", die Schreibarbeit für ein Zimmer mitmachen zu dürfen.

Wenn man als Phono- oder Stenotypistin für ein Schreibzimmer oder einen Schreibsaal eingestellt wird, liegt man meist noch eine Gehaltsgruppe unter der Einstufung als Sachbearbeiterin, da diese nervtötende Arbeit als minderwertig eingestuft wird. Gerade hier müssen die Kolleginnen oft wie im Akkord arbeiten mit Grundgehalt (Mindestzeilen oder Seitenzahl) und Zuschlägen, wenn man die Mindestzahlen übersteigt.

Ich arbeite jetzt im Büro einer Einzelhandelskette. Für uns ist der Einzelhandelstarif der HBV gültig. Bis auf die Sekretärin des Chefs werden alle meine Kolleginnen nach Gehaltsgruppe I bezahlt. Wir haben keine Chance, in eine höhere Gehaltsgruppe zu kommen. Die männlichen Kollegen haben alle Gehaltsgruppe II oder III für ähnliche Arbeiten, wie wir sie machen. Gehaltsgruppe I ist außerdem noch in acht Berufsjahre gestuft von 960 DM brutto bis 1.480 DM brutto. Das heißt, eine jüngere Kollegin von mir geht mit über 300 DM monatlich weniger nach Hause als ich.

Der Abstand zu den männlichen Kollegen in z. B. Gehaltsgruppe II ist noch wesentlich größer. Eine Kollegin bekommt in Gruppe I im sechsten Berufsjahr 1.175 DM brutto, der Kollege in Gehaltsgruppe II nach dem fünften Tätigkeitsjahr 1.789 DM brutto, das sind 614 DM mehr. Die Begründungen für die niedrigere Einstufung von uns Frauen sind fadenscheinig. Es wird behauptet, daß der Arbeitsplatz des Kollegen höhere Anforderungen stellt und eine höhere Einstufung rechtfertigt. Natürlich ist in einem Büro nicht jede Arbeit hundertprozentig gleich, aber vergleichbar. Der Vergleich zwischen uns Frauen fällt den Kapitalisten jedenfalls immer leicht, denn wir finden uns in einer Lohngruppe wieder. Wir werden von den Kapitalisten als Mitverdiener bezahlt. Von unserem Gehalt alleine könnten wir keine Familie ernähren. Die Forderung für uns Frauen muß sein: gleicher Lohn wie der der Männer, die eine vergleichbare Arbeit verrichten. Weg mit den Lohngruppen, in die fast nur Frauen eingestuft werden. Dies müssen wir uns mit der Unterstützung unserer Kollegen erkämpfen.

Auf den DGB-Apparat, der immer tönt, daß wir Frauen gleichbehandelt werden müssen, können wir uns dabei nicht stützen. Es sind dieselben Herren, die die Arbeiten wie z. B. Maschineschreiben etc. in ihren mit den Kapitalisten geschlossenen Tarifverträgen in die niedrigsten Gehaltsgruppen einstufen.

"Ein großes Problem ist die Unterbringung der Kinder"

Ich bin 25 Jahre alt, habe zwei Kinder von sieben und zwei Jahren und habe eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung. Seit viereinhalb Jahren arbeite ich in einem Kaufhaus in Bochum. Von ca. 90 Kolleginnen bin ich die einzige, die noch ein Kind hat, das nicht schulpflichtig ist. Ca. 15 Kolleginnen außer mir haben schulpflichtige Kinder. Die Meisten von ihnen arbeiten halbtags.

Schon im Bewerbungsbogen wird nach der Anzahl der Kinder und nach dem Alter gefragt. Im Einstellungsgespräch muß man dann nachweisen, daß die Kinder untergebracht sind. Man wird vor allem gefragt, ob man jemanden hat, der die Kinder im Krankheitsfall betreuen kann. Wenn man die Fragen nicht mit Ja beantworten kann, hat man kaum Chancen, eingestellt zu werden.

Obwohl einem gesetzlich fünf Tage im Jahr zustehen, wenn ein Kind krank wird, was natürlich nie reicht, wird man unter Druck gesetzt, wenn man diese Tage in Anspruch nimmt. Bei mir spielte sich das so ab: Als meine kleine Tochter krank war, gab mir der Arzt eine schriftliche Bescheinigung, daß mein Kind Pflege braucht. Diese Bescheinigung habe ich an die Betriebskrankenkasse geschickt. Danach bekam ich ein Schreiben von der Abteilung Gehaltsabrechnung, in dem gefragt wurde, ob nicht eine andere Person, z. B. die Großmutter, die Pflege des Kindes übernehmen kann.

Ich kenne einen anderen Fall, wo der Arzt nach der ersten Bescheinigung eine zweite ausstellen mußte, ehe die Mutter fünf Tage krank bekam. Der Druck, der auf die Frauen ausgeübt wird, ist mit ein Grund, warum es wenige berufstätige Frauen gibt, die kleine Kinder haben. Der wichtigste Grund ist die Frage der Unterbringung der Kinder. Es gibt kaum Plätze in Kinderkrippen oder Kindertagesstätten. Bekommt man doch einen Platz, ist die Öffnungszeit so, daß man auch nicht den ganzen Tag arbeiten kann, z. B. von 7.30 bis 16 Uhr oder 16,30 Uhr. Dazu kommt dann noch der Weg vom Kindergarten zum Arbeitsplatz.

Erzieherinnen gegen Rationalisierung

"Unser Kampf war erfolgreich"

(Korrespondenz) Seit dreieinhalb Jahren bin ich als Erzieherin in einem Schülerwohnheim, das einer Schule für blinde und sehbehinderte Hauptschüler angeschlossen ist, tätig. Hier wohnen während der Schulzeit über 150 Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 20 Jahren. Sie müssen ihre Familien und Heimatorte verlassen (Einzugsgebiet von 200 km!), um überhaupt zur Schule gehen zu können. Die Betreuung der Kinder und Jugendlichen in dem Wohnheim ist miserabel:

So leben z. B. 20 fünf- bis achtjährige blinde und sehbehinderte Kinder in **einer** Gruppe zusammen. In dieser Abteilung gibt es zwei Schlafsäle, der eine mit 13, der andere mit sieben Betten. Daß man sich in diesem Massenbetrieb um das einzelne Kind so gut wie gar nicht kümmern kann, ist offensichtlich. Daß gezielte Einzelbetreuung nötig wäre — 80 Prozent der Kinder sind neben der Sehschädigung verhaltensgestört — ist allen Erziehern klar. Jedoch zwingen uns die haarsträubenden personellen Bedingungen ständig dazu, nur so eine Art „Feuerwehrdienst" zu machen. An allen Ecken und Enden wird gespart!

Als in diesem Jahr in einer Abteilung zwei Erzieherinnen schwanger wurden und es klar war, daß sie schon bald für die Arbeit in der Gruppe ausfallen würden, setzten sofort der Chef der Verwaltung und der Heimleiter den schlauen Gedanken in die Welt, daß dieses Problem „innerbetrieblich" gelöst werden muß. Mit dem „innerbetrieblich" meinten sie, daß aus einer anderen Abteilung im Haus jemand abgezogen werden sollte. Auf diese Tour wollte man zwei Gehälter einsparen. Wohl meinten diese sauberen Herren, daß sie diese Sauerei sang- und klanglos über die Bühne bringen könnten. Zu oft war es ihnen in den vergangenen Jahren gelungen, die Abteilungen und Erzieher gegeneinander auszuspielen. Mit dieser Ausspielerei war es dieses Mal vorbei:

Einige Erzieher hatten die ständige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen satt und waren nicht mehr dazu bereit, das einfach so hinzunehmen. Schon vor der Gruppenleiterkonferenz, auf der die „innerbetriebliche Personalverschiebung" durchgepeitscht werden sollte, setzten sie sich hin und überlegten, wie man die Kollegen zusammenschließen kann, damit sie sich für die Forderung nach sofortiger Neueinstellung eines Erziehers stark machen würden. Wohlvorbereitet trat man zu dieser Konferenz an.

Der Heimleiter versuchte wieder einmal auf seine schmierige Art, die Kollegen gegeneinander auszuspielen. Schon nach ein paar Minuten begann er jedoch nervös auf seinem Stuhl hin und her zu rutschen. Sein schlauer Plan ging in die Hose, ja die Erzieher besaßen sogar die ungeheure Frechheit, ihn „in die Zange" zu nehmen. Dumm ist er nicht, unser Herr Heimleiter, also schwenkte er sofort auf eine andere Tour ein: Nun war der Chef der Verwaltung der Schuldige. — Also her mit ihm!

Eine Kollegin rief den Personalchef herbei. Nun nahm das Drama seinen Lauf: Selbstsicher kam er anstolziert. Er meinte, daß der Heimleiter bereits alles „zum Besten der Einrichtung" erledigt habe. Deshalb erklärte er nur noch, **wer** aus welcher Abteilung abgezogen wird. Doch herrje, welch ein Dilemma! Jetzt mußte der Heimleiter kleinlaut zu erkennen geben, daß die Erzieher sich entschlossen gegen die „innerbetriebliche Personalverschiebung" ausgesprochen hatten. Um das Ganze zu unterstreichen, stellte eine Kollegin nochmals die Forderung: „Sofortige Neueinstellung einer Erzieherin!" in den Raum.

Auf diese Forderung wurde die Leitung durch den Druck der Kollegen festgenagelt, ja, es wurde sogar vorgeschrieben, **wann** die neue Erzieherin zu erscheinen hat.

Unser Kampf war erfolgreich: Die neue Kollegin wurde wie gefordert eingestellt. Das war aber nur die eine Seite. Ebenso wichtig war, daß die Kollegen die Erfahrung gemacht haben, „gemeinsam sind wir stark". Selbst eine Kollegin, die bisher vor der Übermacht des Gegners resigniert hatte, klopfte mir anerkennend auf die Schulter und brachte damit ihre Begeisterung zum Ausdruck.

8. März - Internationaler Frauentag

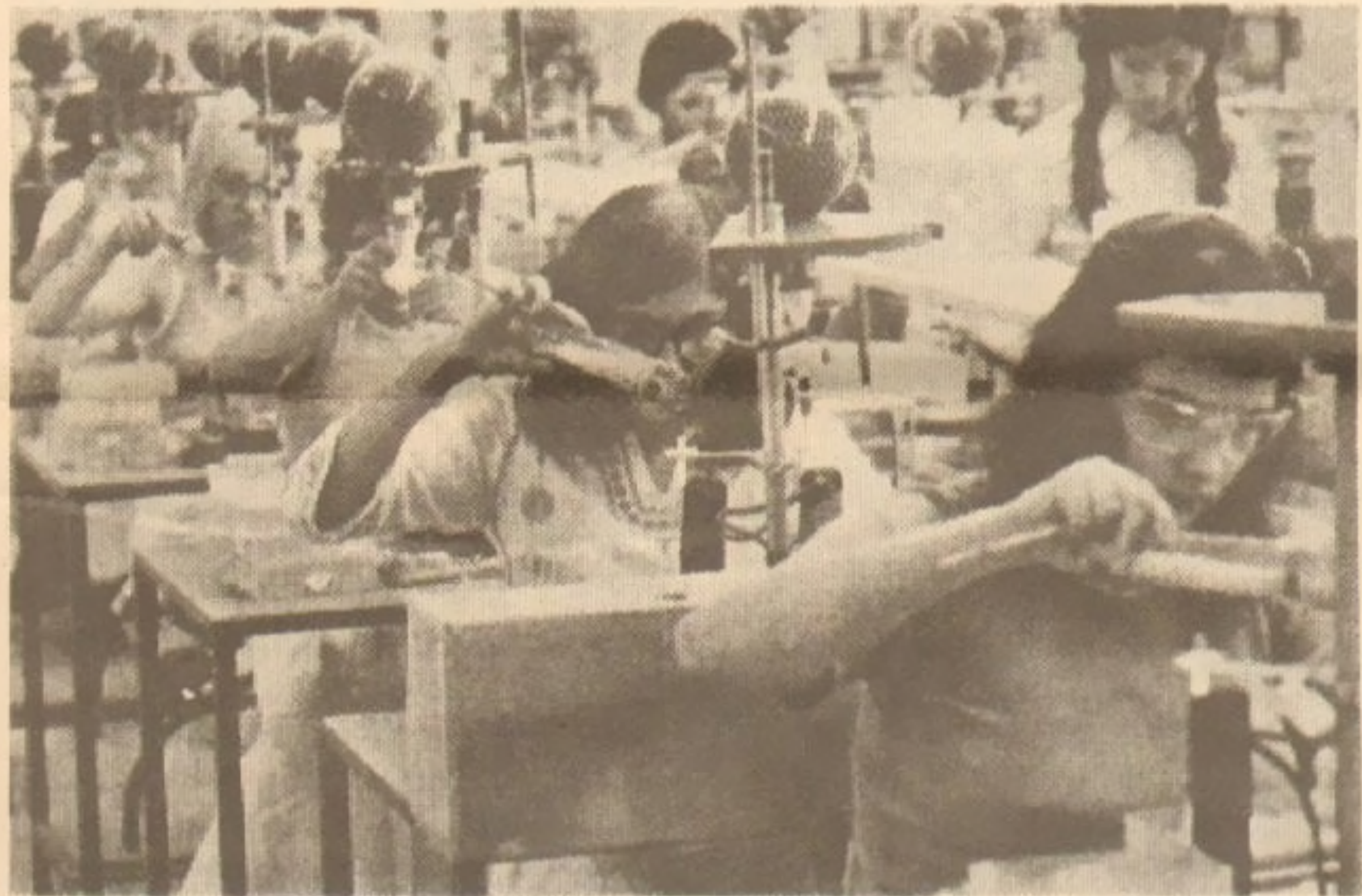
Vor hundert Jahren, am 8. März 1878, führten Fabrikarbeiterinnen in Massachusetts in Amerika den ersten organisierten Arbeiterinnenstreik durch. 32 Jahre später wurde dieser Tag auf Vorschlag Clara Zetkins zum Internationalen Frauentag erklärt.

Sicher, einiges hat sich in diesen Jahrzehnten geändert. Aber gerade in den letzten Jahren haben die Frauen verstärkt zu spüren bekommen, daß alles Gerede von der „modernen Frau", von „Gleichberechtigung" und „Emanzipation" nichts als verlogenes Geschwätz ist. Die Frau — sofern sie nicht zu den oberen Zehntausend gehört — ist geblieben, was sie im Kapitalismus immer war: ein Mensch zweiter Klasse. Als Arbeiterin, als kleine Angestellte, als Bäuerin und Hausfrau und Mutter noch mehr ausgebeutet und unterdrückt als die werktätigen Männer.

Längst ist die Zeit vorbei, als die Frauen als Arbeitskräfte umworben wurden. Seit 1974 steigt der Anteil der Frauen am Millionenheer der Arbeitslosen ständig. Heute sind bereits 56 Prozent der Arbeitslosen Frauen. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen dagegen beträgt nur 37 Prozent. 700.000 Frauen sind also sogar nach der offiziellen Statistik ohne Arbeit. Die wirkliche Zahl aber liegt viel höher. Denn die Statistik „vergißt" die Frauen, die nicht als Arbeitslose gezählt werden, weil sie kein Arbeitslosengeld mehr bekommen, aber auch keine Arbeitslosenhilfe, weil der Mann „zu viel" verdient; sie „vergißt" die Frauen, die nicht als „vermittlungsfähig" gelten, weil sie nicht nachweisen können, daß ihre Kinder während der Arbeitszeit versorgt sind usw. usf.

Reservearmee für die Kapitalisten

Vor allem spürt die proletarische Mutter die besondere Benachteiligung der Frau im Kapitalismus. Denn sie wird aus den Betrieben hinausgedrängt. Die meisten Frauen hören auf zu arbeiten, wenn sie Kinder bekommen. Sie stellen den Hauptteil der 54 Prozent Frauen, die nicht erwerbstätig sind, aber nur einen geringen Teil der erwerbstätigen Frauen. Neun Millionen Frauen sind erwerbstätig. Ca. drei Millionen von ihnen haben eines oder mehrere Kinder unter 15 Jahren. Ca. eine Million hat eines oder mehrere Kinder unter sechs Jahren und zwar rund 870.000 ein Kind unter sechs Jahren, ca. 70.000 zwei, drei oder mehr.



Frauen bei der Akkordarbeit

Diese Zahlen beweisen, daß es für proletarische Mütter auch nicht das geringste Recht auf Arbeit gibt. Die bürgerliche Propaganda versucht diese Tatsache gerne damit zu verschleiern, daß diese Frauen ja freiwillig aus dem Arbeitsleben ausscheiden, daß sie sich eben in erster Linie als Hausfrau und Mutter fühlen würden usw. Sicher — mal abgesehen davon daß eine Frau mit kleinen bzw. schulpflichtigen Kindern nur sehr schwer Arbeit, und vor allem ganztägige Arbeit, findet — hören die meisten Frauen tatsächlich freiwillig auf. Aber warum? Weil das Einkommen des Mannes, das für das Ehepaar nicht langte, nun plötzlich für die Familie reicht? Natürlich nicht. Kinder sind bekanntlich teuer, und eine Arbeiterfamilie mit mehreren Kindern, die nur auf das Einkommen des Mannes angewiesen ist, kommt praktisch nicht über die Runden. So hatten 1974 35 Prozent aller Arbeiterfamilien mit drei Kindern nur 1.400 DM zur Verfügung und lagen damit unter dem staatlich festgesetzten Existenzminimum. Heute, vier Jahre später, hat sich diese Situation weiter verschärft.

Wenn die proletarischen Mütter in der Regel aufhören zu arbeiten, dann deshalb, weil der Kapitalismus sie dazu zwingt, weil sie — gingen sie weiter zur Arbeit — zwangsläufig ihre Kinder vernachlässigen müßten. Denn noch immer gibt es weder das Baby-Jahr noch Betriebskinderkrippen oder -gärten; noch immer gibt es nur verschwindend wenig staatliche und sonstige Kinderkrippen und -horte; immer noch sind sie so organisiert, daß sie für die Arbeiterinnen und die kleinen Angestellten völlig unbrauchbar sind, weil sie zu spät öffnen und zu früh schließen usw. Mit diesen Maßnahmen beweisen die Kapitalisten und ihr Staat, daß sie es sind, die die werktätigen Mütter aus den Betrieben, Krankenhäusern, Büros und Kaufhäusern heraushalten wollen. Denn für sie sind diese Frauen eine millionenstarke Reservearmee, die sie entsprechend ihren Profitinteressen als Lohndrücker und zur Spaltung der Arbeiterklasse einsetzen wollen.

Wie skrupellos die Kapitalisten dabei die Notlage der proletarischen Familien und der proletarischen Frauen ausnutzen, zeigt sich unter anderem bei der Teilzeitbeschäftigung. Weil eben das Geld in der Familie nicht reicht, wenn nur der Mann arbeitet, sehen viele Frauen in der Teilzeitbeschäftigung den einzigen Weg, um wenigstens notdürftig Familie und Geldverdienen bzw. Berufstätigkeit vereinbaren zu können. 34 Prozent der erwerbstätigen Frauen (das sind praktisch genau so viele, wie Kinder unter 15 Jahren haben) arbeiten weniger als 40 Stunden.

Die Kapitalisten preisen diese Teilzeitbeschäftigungen als „Entgegenkommen" gegenüber den Frauen mit Kindern. Tatsächlich aber sind sie es, die mit der Teilzeitarbeit der Frauen doppelten und dreifachen Gewinn machen. Bei kürzerer Arbeitszeit können sie aus den Frauen höchste Leistung herausholen. Das belegen auch Untersuchungen der Gewerkschaften, wonach praktisch nie ein Achtstundenarbeitsplatz in zwei Vierstundenarbeitsplätze geteilt wird, sondern in der Regel nun in vier Stunden fast genauso viel gearbeitet werden muß wie vorher in acht Stunden. Dazu kommt, daß normalerweise keine Pausen gewährt und bezahlt werden. Häufig ist es auch so, daß vor allem kleinere Betriebe die Frauen nicht für 20 Wochenstunden einstellen, sondern für etwas weniger. Denn dann ist die weibliche Arbeitskraft besonders billig, weil erst ab 20 Wochenstunden Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden müssen. Dazu kommt, daß die Anstellung von teilzeitbeschäftigten Frauen ein beliebtes Mittel der Kapitalisten zur Spaltung der Belegschaften ist. Denn natürlich ist es für die teilzeitarbeitende Frau schwerer, gegen die Propaganda von der „dazuverdienenden" Frau, mit dem das Klassenbewußtsein der werktätigen Frau erstickt werden soll, anzukämpfen und sich mit den anderen Kollegen zum gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeutung im Betrieb zusammenzuschließen.

Aber nicht nur die Teilzeitarbeiterinnen, alle Arbeiterinnen und kleinen Angestellten, die das „Glück" haben, Arbeit zu finden, werden von den Kapitalisten erheblich schärfer ausgebeutet als die männlichen Kollegen. Die wenigen Rechte, die sich die Frauen erkämpft haben, stehen nur auf dem Papier. Nehmen wir z. B. das Recht auf fünf Tage bezahlten Urlaub für den Fall, daß ein Kind unter sieben Jahren krank wird. Mal ganz abgesehen davon, daß fünf Tage viel zu wenig sind, auch Kinder über sieben Jahren krank werden und diese fünf Tage Urlaub in der Regel nur dann gewährt werden. wenn die Frau nachweist, daß außer ihr niemand da ist, der die Kinder versorgen könnte — die Arbeiterin, die dieses Recht tatsächlich Jahr für Jahr in Anspruch nähme, könnte sich bald ihre Papiere holen. Ähnlich finster sieht es mit dem sogenannten „Hausfrauentag" aus.

Abgesehen vom bestehenden unzureichenden Mutterschaftsschutz gibt es also für die arbeitenden Frauen so gut wie keine besonderen Rechte oder besonderen Schutz, sondern nur besondere Ausbeutung. Der durchschnittliche Lohn der Arbeiterinnen und Angestellten ist 31 Prozent niedriger als der der männlichen Kollegen. Wobei die Löhne und Gehälter in sogenannten „Frauenberufen" extrem niedrig sind. So bekommt etwa eine Frau, die als ungelernte Kraft in einem Kaufhaus anfängt, ca. 600 DM brutto für 40 Stunden Arbeitszeit. Methoden, die Unterbezahlung der Frau durchzusetzen, sind die Leichtlohngruppen, ständige Akkorderhöhungen und andere Lohndrückungsmethoden.

Die Frauen wehren sich

Aber wachsende Arbeitslosigkeit, Rationalisierungsterror und verschärfte Arbeitshetze in den Betrieben und die allgemeine Verschlechterung der Lebenslage werden keineswegs geduldig hingenommen. Die Frauen wehren sich. Es kommt zu kleineren Widerstandsaktionen wie kürzlich bei SKF in Stuttgart, wo 30 Kolleginnen mit einem Marsch zum Betriebsrat erfolgreich eine zehnprozentige Heraufsetzung des Akkords verhinderten. Tausende Frauen beteiligten sich an den Kurzstreiks in der Metallindustrie. Die weiblichen Angestellten an den Krankenhäusern schließen sich im Kampf gegen Rationalisierungsterror, Bettenabbau und Entlassungen zusammen usw.

Beispielhaft für den Kampf der Frauen ist der Streik der ausländischen Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuß 1973. In einem einwöchigen Streik kämpften die Arbeiterinnen mutig gegen alle Einschüchterungsversuche der Kapitalisten, wichen sie auch vor brutalen Polizeieinsätzen nicht zurück und wehrten sich auch gegen den Verrat des IGM-Apparats und reaktionärer Betriebsräte. Zweimal brachten sie durch ihre Kampfentschlossenheit schon beschlossene Verhandlungsergebnisse wieder zu Fall und erkämpften sich eine Lohnerhöhung und den Wegfall der Lohngruppe zwei. Aber auch die Hausfrauen wehren sich. So schlossen sich 1976, als die Arbeiter von Seibel & Söhne in Erwitte für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze streikten, eine Reihe von Frauen zusammen, die den Kampf ihrer Männer unterstützten, auf die Belegschaftsversammlungen gingen und dort sprachen, die Streikposten versorgten usw. Auch in Wyhl, wo die Bevölkerung mit Bauplatzbesetzungen gegen den Bau eines Atomkraftwerkes kämpfte, standen Frauen in den ersten Reihen und wehrten sich gegen äußerst brutale Polizeieinsätze.



Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuß 1973

Diese und viele andere Kämpfe und Aktionen der werktätigen Frauen beweisen nicht nur, daß die Frauen einen wichtigen Platz im Klassenkampf des Proletariats gegen seine Ausbeuter einnehmen. Sie beweisen auch, daß die bürgerlichen Politiker und die „Emmas" aller Arten es nicht geschafft haben und es auch nicht schaffen werden, die werktätigen Frauen mit ihrer Losung von der „Unterdrückung der Frau durch den Mann" und vom „Kampf gegen den Mann" irrezuführen.

Die Frauen des Proletariats und der anderen Schichten des Volkes bekommen tagtäglich zu spüren, wer ihre Feinde sind. Es sind die Feinde der gesamten Arbeiterklasse: die Kapitalisten, der kapitalistische Staat samt seiner Polizei und die falschen Freunde in den eigenen Reihen wie der reaktionäre DGB-Apparat. Der Kapitalismus ist die Ursache der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung der Frau. Deshalb ist der beste Beitrag der Frauen, den sie zu ihrer wirklichen Befreiung leisten können, der Kampf für den Sozialismus, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Im Programm der KPD/ML heißt es: „Den Frauen bietet der Sozialismus die Perspektive, die Ungleichheit gegenüber dem Mann zu beseitigen. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird sofort verwirklicht. Der sozialistische Staat wird alle notwendigen Voraussetzungen (Kinderkrippen, Entlastung vom Haushalt usw.) schaffen, damit sich die Frauen gleich den Männern auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens frei und unbehindert entwickeln können."

Wußten Sie schon...?

...daß 250.000 Frauen, die älter sind als 60 Jahre, arbeiten gehen? Mehr als 100.000 von ihnen sind 65, 70, 75 und älter. Und das sind nur die offiziellen Zahlen nach dem Statistischen Jahrbuch der Bundesregierung von 1977.

* * *

...daß sich, allen Beteuerungen der Politiker zum Trotz, an der besonderen Ausbeutung der werktätigen Frauen in den letzten 50 Jahren so gut wie nichts geändert hat? So war 1929 der durchschnittliche Lohn der Frauen 37 Prozent niedriger als der Lohn der Männer. Heute beträgt der Unterschied 31 Prozent. 1929 stellten die Frauen rund ein Drittel der Erwerbstätigen, aber 50 Prozent der Erwerbslosen. Heute stellen die Frauen ebenfalls ca. ein Drittel der Beschäftigten, aber sogar mehr als 50 Prozent der Arbeitslosen.

Übrigens kämpften die werktätigen Frauen 1929 gegen die Einführung folgenden Erlasses, der unter Mithilfe der SPD und einer Vertreterin des ADGB zustandegekommen war: „Ein Arbeitsloser, der Unterstützung begehrt, muß dem Arbeitsamt tatsächlich zur Verfügung stehen. Danach steht eine Frau, die durch ihre häuslichen Pflichten den überwiegenden Teil des Arbeitstages in Anspruch genommen wird, dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung." Gegen die Einführung dieses Unterstützungsraubes an den Frauen fanden zahlreiche Protestkundgebungen statt.

* * *

...daß der Bundestag im „Jahr der Frau" 1975 einen entschlossenen Kampf gegen die Unterbezahlung der Frau führte? Annemarie Renger, damals Bundestagspräsidentin, rief dazu auf, sich für einen Musterprozeß in Sachen Lohngleichheit zur Verfügung zu stellen, den sie bezahlen wollte. Mindestens 200 Frauen meldeten sich. Zu einem Prozeß kam es trotzdem nicht. Das Büro Renger erklärte, entweder eigneten sich die Berufstypen der Frauen nicht, oder die Sachverhalte lagen zu kompliziert...

* * *

...daß auch die gewerkschaftseigenen Betriebe wie Coop, Neue Heimat usw. aus der besonderen Ausbeutung der Frau zusätzlichen Profit schlagen? So erhielten etwa im Januar 1976 die Lagerarbeiterinnen im Gebrauchsgüterzentrum der Coop in Kamen einen Tariflohn von 5,77 DM, die männlichen Kollegen dagegen einen Tariflohn von 7,34 DM.



Für geringen Lohn müssen die Frauen auch in den gewerkschaftseigenen Läden Schwerstarbeit leisten.

Übrigens gab es bis Mitte 1977 auch keinen einzigen gewerkschaftseigenen Betrieb, in dem die langjährige Forderung der DGB-Gewerkschaften nach einem sogenannten Baby-Jahr verwirklicht war. Seit April '77 gibt es jetzt zwar dieses Baby-Jahr bei der Volksfürsorge, seit 1.1.78 bei der Neuen Heimat. Aber wie! Während das DGB-Frauenprogramm 18 Monate Sonderurlaub nach Ablauf der Mutterschutzfrist fordert, gewährt die Neue Heimat zwölf Monate Sonderurlaub nach der Geburt (!); während das Frauenprogramm des DGB diesen Sonderurlaub wahlweise für den Vater oder die Mutter fordert, heißt es in der Tarifvereinbarung der Volksfürsorge: *„Arbeitnehmerinnen, die..."*; ganz zu schweigen davon, daß weder die Volksfürsorge noch die Neue Heimat Kinderkrippen einrichten, die es den Frauen ermöglichen würden, das „großzügige Angebot" auf Wiedereinstellung auch wahrzunehmen. Dazu kommt, daß beide Unternehmen lediglich die Wiedereinstellung versprechen, keineswegs aber auch einen gleichwertigen Arbeitsplatz mit gleichem Lohn.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Revolutionäre Grüße aus Dänemark

Liebe Genossen der KPD/ML,

in der Nr. 6 des „Roten Morgen" brachtet Ihr einen Leserbrief aus Norwegen zur Unterstützung der korrekten Linie Eurer Partei.

Die KPD/ML hat in der Verteidigung des Marxismus-Leninismus zusammen mit der PAA und den anderen wirklich kommunistischen Parteien entscheidende Beiträge geleistet und steht in der vordersten Front des Kampfes gegen die neueste Spielart des modernen Revisionismus. So wundert es niemanden, wenn die Revisionisten in aller Welt zum Angriff gegen die korrekten marxistisch-leninistischen Parteien übergegangen sind. Wie Ihr schreibt, haben die chinesischen Revisionisten die Beziehungen zu Euch abgebrochen. Das spricht für die Richtigkeit Eurer Haltung und deren Bedeutung für die marxistisch-leninistische Weltbewegung. Andere fühlten sich genötigt, dem Beispiel ihrer „Herren" zu folgen. Laßt es Euch zur Ehre gereichen, scheuten sich diese Leute doch nicht einmal, die PAA und den Genossen Enver Hoxha vor aller Welt schamlos zu verleumden. Ihre wilden Angriffe gegen die wirklichen Kommunisten werden alle diese Nachfolger der II. Internationale jedoch um so schneller bei der Arbeiterklasse aller Länder in Verruf geraten lassen.

Die Sozialistische Volksrepublik Albanien und ihre Partei der Arbeit mit dem großen Marxisten-Leninisten, Genossen Enver Hoxha, an der Spitze, ist heute das Leuchtfeuer des Sozialismus in der ganzen Welt. Es ist die vornehmste Aufgabe aller Kommunisten, die PAA und die SVRA, das Vaterland aller Werktätigen, bis zuletzt zu verteidigen. Ebenso müssen wir mit allen Kräften die wirklich kommunistischen Parteien, darunter die KPD/ML, in ihrem wichtigen Kampf unterstützen und ihnen gegen die Angriffe der internationalen Reaktion den Rücken stärken. Der Marxismus-Leninismus wird den Sieg davontragen!

Es leben die PAA und der Genosse Enver Hoxha! Es leben die KPD/ML und alle wahren kommunistischen Parteien! Es lebe der unbesiegbare Marxismus-Leninismus! Feuer auf den revisionistischen Verrat!

Mit solidarischen revolutionären Grüßen,
Marxisten-Leninisten aus Dänemark.

Wie ich einen Abonnenten gewann

Liebe Genossen,

ich möchte Euch schreiben, wie ich kürzlich einen Abonnenten für den „Roten Morgen" gewann.

Sonntagabend — ich komme nach der Parteiarbeit zum Bahnhof und verpasse den Zug. Was soll ich tun? Ich setze mich ins Bahnhofsrestaurant und falze für Lüneburg noch ein paar Extrablätter zum 30. Januar. Am Nachbartisch sitzt ein Jugendlicher und beobachtet mich bei der Arbeit. Nach kurzem Zögern fragt er mich: „Wieviel kostet die Zeitung, ich möchte sie gern haben?" Ich reiche ihm das Extrablatt rüber und sage ihm, daß es nichts kostet. Aufmerksam studiert er den Text und bittet mich um einen Kugelschreiber zum Ausfüllen des Bestellzettels. Ich bitte ihn freundschaftlich, sich doch an meinen Tisch zu setzen. In kurzer Zeit entwickelt sich ein eifriges Gespräch. Aus seinem ganzen Verhalten heraus ist die begierige Suche nach der Wahrheit zu erkennen. Er erzählt mir, daß er als Soldat in einer Kaserne stationiert ist und nicht zum Fackelzug gegen Reaktion und Faschismus kommen kann. Er ärgert sich darüber: „Ich wäre gern mitgekommen." Ich verabschiede mich herzlich von ihm, und wir beide fühlen, daß wir uns wiedersehen werden — im Kampf für den Sieg der Wahrheit über die Lüge!

Rot Front,
ein Genosse aus Lüneburg.

Den „Roten Morgen" (Ausgabe DDR) mit großem Interesse gelesen

Kürzlich erhielten wir folgenden Brief eines unbekannten Rentners aus der DDR:

Teure Genossen!

Mit großem Interesse und innerer Bewegung habe ich Eure Ausgabe des „Roten Morgen" (Ausgabe DDR) gelesen. Daß ich auf meine alten Tage so etwas noch erlebe! Ich erinnerte mich an die zwanziger Jahre, als wir dem Klassenfeind im roten Wedding, in Neukölln und im Prenzlauer Berg so manchen Denkzettel verpaßten und uns nicht unterkriegen ließen. Ich war damals in Eurem Alter und mit Herz und Verstand bei der gerechten Sache der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Welche Hoffnungen haben wir nach 1945, als das Volk die Macht in seine Hände nahm, in unser neues Deutschland gesetzt. Die Ideen von Thälmann, Liebknecht, Luxemburg wurden Wirklichkeit. Ich arbeitete damals in einem großen Berliner Metallbetrieb, und wir setzten alle unsere ganze Kraft ein, um die Diktatur des Proletariats zu errichten und zu festigen.

Und was ist daraus geworden? Die Interessen der Arbeiterklasse wurden schändlich verraten! In Westdeutschland durch die deutschen Imperialisten in enger Gemeinschaft mit den Westmächten und bei uns in der DDR nach dem Tod Stalins von den jetzigen Machthabern in Moskau und Berlin. Euer Artikel über die Wohnungsfrage trifft den Nagel auf den Kopf! Die Häuser in unserem Viertel sind die gleichen Mietskasernen wie vor 50 Jahren. Das Dach von unserem Haus müßte schon seit Jahren erneuert werden. — Kein Geld da! Gerade für uns Alten wäre eine moderne Heizung, eine Badewanne und andere Bequemlichkeiten besonders schön — kein Geld da! Wohin fließt der Reichtum des Volkes. Ihr gebt die Antwort in eurem Artikel!

Leider bin ich zu alt, um noch in Eurem Kampf aktiv helfen zu können. Aber ich weiß jetzt, daß sich eine Kraft zeigt, die auch bei uns den Ideen Lenins, Stalins und Thälmanns wieder zum Sieg verhelfen wird. Dazu wünsche ich Euch im neuen Jahr viel Erfolg.

Rot Front, Euer Genosse...

Aufführung der Studiobühne Würzburg

Dortmund-Dorstfeld:
Wittener Str. 343. „Gespräche mit dem Kanzler über die Notwendigkeit und die Freiheit oder: Das Schiff"

Parteiveranstaltung

Bonn: 8. März 1978, 19 Uhr. Zum Internationalen Frauentag. Gaststätte „Sternenburg", Sternenburgstr. 86 in Poppelsdorf

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Science-Fiction-Filme in Kino und Fernsehen

Traumwelten und Schreckensvisionen

200 Millionen Dollar hat es in die Kassen des amerikanischen Filmkonzerns Fox geschwemmt: das neue Hollywoodspektakel „Krieg der Sterne". Nachdem der amerikanische Markt weitgehend abgegrast war, hat die Fox diesen Streifen mit einer präzis kalkulierten Propagandakampagne auch in die westdeutschen Kinos gebracht. Dazu gehörten nicht nur aufwendige Anzeigen und Werbespots im Fernsehen. Zeitschriften wie „Stern" und „Spiegel" brachten seitenlange, reichlich bebilderte Artikel, in denen der „Krieg der Sterne" zum Vorläufer einer neuen Welle hochgejubelt wurde.

Über den Inhalt dieses Films ist nicht viel zu sagen. Es geht um die Befreiung einer Prinzessin aus der Gewalt von finsteren Schurken, die sich geschworen haben, das ganze Weltall zu beherrschen. Die Hälfte des Streifens besteht aus Trickaufnahmen: Verfolgungsjagden im Raum, Aktionen von Robotern und schließlich einer Schlacht zwischen Raumschiffen, die den Luftgefechten des zweiten Weltkriegs nachgebildet ist. Die Kino-Reklamezeitschrift „Cinema" wirbt folgendermaßen für den Film: „Der Krieg der Sterne — das ist ganz elementares Kino, der setzt nur ein Mindestmaß von Grundwissen und Vorwissen voraus, das hat die Stufe des Analphabetismus gerade überschritten."



Kino-Film „Krieg der Sterne"

Und wie steht es mit der Welle der Weltraum-Spektakel, die vom „Krieg der Sterne" eingeleitet werden soll? Die Hollywood-Konzerne haben schon einen weiteren Millionen-Film nachgeschoben, den sie im März auf den westdeutschen Markt drücken wollen. „Unheimliche Begegnung der dritten Art" bringt die alte Geschichte von den Wesen aus fernen Welten, die auf der Erde landen. Mit ausgeklügelten Lichteffekten wird hier — wie der „Spiegel" bemerkt — ein religiöses Weihespiel veranstaltet, „gegen das eine vatikanische Osternacht blaß und nüchtern wirkt". Auch im „Krieg der Sterne" kann der Held seine Prinzessin nur deshalb befreien, weil er alle vernünftigen Regungen ausschaltet und bedingungslos einer göttlichen Macht vertraut.

Vor allem die religiöse Mystik von „Unheimliche Begegnung" ist wohl ein Vorbild für ähnliche Streifen, die demnächst in die Kinos kommen werden. In der Propaganda für ihre Machwerke können sich die Hollywood-Konzerne auf den Laienprediger im Weißen Haus, den Präsidenten Carter, persönlich berufen. Denn der hatte vor einigen Jahren zu Protokoll gegeben, er hätte mit eigenen Augen solch einen Flugkörper aus einer fernen Welt gesehen. Und damit die Wesen von den fremden Sternen auch wissen, was auf unserem Planeten gespielt wird, hat der Präsident dafür gesorgt daß jeder „Voyager"-Raumsonde, die ins All geschossen wird, eine Schallplatte beigefügt ist, auf der man neben einem Lied von Louis Armstrong auch eine Ansprache Carters hören kann.

Mit auf der Welle der Weltraum-Märchen und Science-Fiction-Filme schwimmen jetzt auch die westdeutschen Fernsehanstalten. Das ZDF hat eine Reihe „Geschichten aus der Zukunft" gestartet. Die ARD bringt eine ganze Serie von ca. 40 solcher Filme zu einer der besten Sendezeiten, am späten Samstag abend. Darunter neben den reaktionären Machwerken aus Hollywood, die den größten Anteil der Reihe bestreiten, auch Produktionen aus den Propaganda-Giftküchen Moskaus.

Schon der erste Streifen dieser Art, der den Fernsehzuschauern im Januar aufgetischt wurde, zeigte deutlich, was von dieser Filmreihe zu erwarten ist. Es war der amerikanische Film „Kampf der Welten", dem man es auf jedem Meter ansah, daß er während der US-Aggression gegen Korea gedreht worden ist. Auch hier wieder die Geschichte von den fliegenden Untertassen, die auf der Erde landen. Was sie wollen? Natürlich die USA und dann die ganze Erde erobern. Plump und dreist wird hier die Angst vor einer tödlichen Bedrohung geschürt, wird die Volksgemeinschaft beschworen, zu der sich alle angesichts der Gefahr zusammenschließen müssen usw. So liegt dieses Machwerk ganz auf der Linie der reaktionären amerikanischen Propaganda, die seit Jahrzehnten aus den Aggressionen des US-Imperialismus eine „Verteidigung der Demokratie gegen die kommunistische Bedrohung" machen will.

Aber nicht nur solche Invasionen aus dem Weltall werden jetzt über unsere Bildschirme flimmern. Ein anderes Thema der reaktionären Science-Fiction-Filme, wie sie uns jetzt vorgesetzt werden, ist die Schilderung von Horrorvisionen über die Zukunft der Menschheit. Das „Jahr 2022", vor kurzem in der ARD-Serie ausgestrahlt, zeigt das Bild einer künftigen amerikanischen Millionenstadt, die vollständig in Chaos und Dreck erstickt ist. Die Nahrungsreserven der Erde sind längst aufgebraucht, das einzig Eßbare bleiben die in Tablettenform gepreßten Leichen der Verstorbenen. Wirklich intakt ist in dieser Gesellschaft nur noch die Polizei, deren vornehmliche Aufgabe es ist, die hungrigen Menschenmengen wie Schutt mit riesigen Baggern von den Straßen zu räumen.

Und diese Menschen selbst werden dargestellt als ein apathischer, willenloser Haufen, der alles über sich ergehen läßt, unfähig, sich in irgendeiner Form zu wehren. Solche reaktionären Schreckensvisionen sollen den Eindruck entstehen lassen, als gebe es für die Menschheit keine Zukunft mehr, als sei ihr Untergang im Chaos eine notwendige Folge der Entwicklung. Solche Filme bebildern nur die düsteren Prophezeiungen bürgerlicher „Wissenschaftler" über Umwelt- und andere Katastrophen, die unweigerlich über die Erde hereinbrechen und sie unbewohnbar machen würden.

Tatsächlich drohen der Menschheit große Gefahren, sei es durch den imperialistischen Krieg, sei es durch die radioaktive Verseuchung durch Atomkraftwerke. Aber all diese Gefahren haben eine Ursache: Es ist die maßlose Gier der Imperialisten nach Höchstprofiten und Weltherrschaft, für die sie bedenkenlos über Leichen gehen. Und so können diese Gefahren auch gebannt werden, indem man ihre Ursachen beseitigt, das kapitalistische System.

Gerade das zu verschleiern, die Katastrophen als unabwendbar hinzustellen, ist eine Aufgabe der Reaktionären Science-Fiction-Filme, mit denen wir jetzt überschwemmt werden. Sie sollen eben nicht nur die Kassen der Konzerne in der Unterhaltungsindustrie zum Klingen bringen. Sie sollen auch den Geist des Pessimismus und der Resignation verbreiten, sollen eine unbestimmte Angst vor der Zukunft schüren oder zur Flucht in irgendwelche Traumwelten verleiten. Die Versuche der Bourgeoisie, die Werktätigen mit Hilfe solcher reaktionären Hirngespinste einzulullen, sind nicht neu. Es hat sich jedoch stets gezeigt, daß sich die Werktätigen nicht für dumm verkaufen lassen.

Auf die samstäglichen Horrorgeschichten im Fernsehen werden viele mit dem Druck auf die Ausschalttaste reagieren. Und nachdem der „Stern" seitenlang Reklame für den Film „Krieg der Sterne" gemacht hatte, mußte er in seiner letzten Ausgabe Leserbriefe abdrucken, die sich darüber geschwerten, daß — wie es in einem von ihnen hieß — „die deutschen Medien wieder einmal einer amerikanischen Filmproduktion den Weg zu den Kinokassen ebnen."

Soeben erschienen

Roter Morgen Jahrgang 1977

Der gebundene Jahrgang 1977 einschließlich Inhaltsverzeichnis ist zum Preis von 30 DM zu bestellen bei:
Verlag Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30.
Auslieferung erfolgt sofort.





Gegen die Provokationen der Stahlkapitalisten kam es immer wieder zu Proteststreiks und Demonstrationen der Stahlarbeiter. Große Empörung herrschte über den vier-Prozent-Abschluß durch die IG-Metall-Bonzen. „Das ist Verrat", sagten viele Kollegen.



Kurzstreiks in den Metallbetrieben Baden-Württembergs, auf den norddeutschen Werften, in den Betrieben an Rhein und Ruhr, wie bei Opel-Bochum — die Metallarbeiter kämpfen für eine echte Lohnerhöhung. Hier Kollegen der Villinger Aluminiumgießerei bei einem Marsch durch das Werksgelände.

Februar im Bild



Listen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition kandidieren in mehreren Betrieben für die diesjährigen Betriebsratswahlen. Sie finden Unterstützung bei den Kollegen. Die Kapitalisten versuchen im trauten Verein mit dem Gewerkschaftsapparat, die Kandidatur dieser Listen zu verhindern.



Anhaltende Streikaktionen der Drucker und Setzer prägten auch im Februar das Bild in der Druckindustrie. Die Kollegen wehren sich gegen geplante Rationalisierungen und Lohnabstufungen durch die Einführung einer neuen Technik. Unser Bild zeigt streikende Druckereiarbeiter in Speyer.



Streikaktionen auch in der Holzindustrie. Unser Bild zeigt eine Demonstration von Holzarbeitern der saarländischen Großschreinerei Petri KG, die mehrere Wochen für höhere Löhne und gegen Maßregelungen durch die Kapitalisten streikten.



Gegen ein neues vom schleswig-holsteinischen Kultusministerium geplantes Schulgesetz demonstrierten am 6. 2. rund 4.000 Schüler in Kiel. Das Gesetz sieht die Einführung eines Numerus Clausus auch an weiterführenden Schulen und die Bestrafung von fortschrittlichen politischen Aktivitäten vor. An der Demonstration beteiligte sich auch die Rote Garde.



Am 11. 2. wollten die Faschisten auf dem Göttinger Marktplatz eine Kundgebung durchführen. Antifaschisten, darunter auch die Genossen unserer Partei, machten ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung. Die Kundgebung der Nazis wurde auseinandergejagt, ihre Lautsprecheranlage zerstört.



Genossen der KPD/ML gingen in Hanau gemeinsam mit anderen Antifaschisten gegen einen Propagandastand der NPD vor. Obwohl die Faschisten von 80 Polizisten und zwei Wasserwerfern beschützt wurden, konnten sie schließlich zum Abzug gezwungen werden.



Zum 80. Geburtstag des revolutionären Schriftstellers Bertolt Brecht führte die Partei in verschiedenen Orten Veranstaltungen durch, auf denen sein Werk gewürdigt und Lieder, Szenen und Gedichte aus dem Schaffen Brechts aufgeführt wurden.

Zum 25. Todestag J. W. Stalins

Verteidigt Stalins Lehren über den Klassenkampf!

Vor 25 Jahren, am 5. März 1953, starb Josef Wissarionowitsch Stalin, der Führer der KPdSU (B), der Führer des Sowjetstaates, der Schüler und treue Nachfolger Lenins. Für immer ist der Name Stalins verbunden mit den großen Siegen dieser Partei, dieses Staates. Die Oktoberrevolution, der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, die Zerschlagung des Hitlerfaschismus — das waren bedeutende Marksteine in der Geschichte der Weltrevolution.

Wen wundert es da, daß der Name Stalins, von den revolutionären Arbeitern aller Länder mit Achtung und Vertrauen genannt, die Ausbeuter, die Feinde des Proletariats, stets in Wut versetzt?

Die Versuche, die Person und das Werk Stalins in den Schmutz zu ziehen, sind nicht zu zählen. Sie reichen von den Haßtiraden eines Goebbels bis zu den abscheulichen Verleumdungen der Chruschtschow und Breschnew. Sie alle schreien gegen die Stalinsche „Diktatur" und meinen die Diktatur der Arbeiterklasse, von der sie genau wissen, daß sie ihr Ende bedeutet.

Die Haltung zu Stalin ist ein wichtiger Prüfstein, an dem sich erweist, wie man zum Marxismus-Leninismus steht. Unsere Partei hat hier stets eine sehr klare und entschiedene Haltung eingenommen: Sie hat den Namen Stalins in einer Reihe mit Lenin auf ihre Fahne geschrieben und den Namen und das Werk Stalins gegen alle Angriffe der Imperialisten und modernen Revisionisten in jeder Hinsicht verteidigt.

Aber es gibt auch noch andere Angriffe auf Stalin. Angriffe von Leuten, die sich als Marxisten-Leninisten, ja sogar als Freunde Stalins ausgeben wollen, tatsächlich jedoch Stalin auf das hinterhältigste verleumden. Auf einige dieser Angriffe wollen wir im weiteren eingehen.

Stalin, so sagen diese Leute, habe zwar vieles richtig gemacht, aber er habe schwere Fehler begangen. So habe er die Existenz von Klassen und Klassenkampf im Sozialismus geleugnet. Er habe weiterhin Widersprüche im Volk so behandelt, als seien es Widersprüche zum Feind gewesen. Stalin habe sich zugleich nicht auf die Massen gestützt, ja er habe ihnen gegenüber sogar zu Terrormaßnahmen gegriffen. Solche und ähnliche Behauptungen gehören z. B. in unserem Land bei mehr oder weniger allen opportunistischen und revisionistischen Zirkeln wie GRF, KBW und KB Nord zu den Standard-Verleumdungen gegen Stalin. Faßt man diese Stellungnahmen zusammen, so behaupten sie nicht weniger, als daß Stalin die Diktatur des Proletariats nicht gestärkt und verteidigt, sondern sie vielmehr untergraben hätte, daß er nicht die Unterdrückung bürgerlicher Elemente, sondern die Unterdrückung des Volkes organisiert hatte. Mit einem Wort: Der großartige Marxist-Leninist Stalin wird mit Chruschtschow und Breschnew in eine Reihe gestellt. Tatsächlich entblöden sich verschiedene Opportunisten nicht, zu behaupten, die Konterrevolution der Chruschtschow-Revisionisten in der Sowjetunion sei lediglich eine Folge und Konsequenz der Stalinschen Politik gewesen.

Wie aber steht es tatsächlich um diese Probleme? Wie stand Stalin zur Frage der Klassen und des Klassenkampfes in der sozialistischen Sowjetunion?

Die Ausbeuterklassen liquidieren oder verewigen?

Als im Jahr 1936 der Entwurf für eine neue Verfassung der UdSSR vorgelegt wurde, sagte Stalin in einer Rede zu diesem Entwurf, nachdem er auf die ungeheuren ökonomischen Umwälzungen in der sowjetischen Gesellschaft eingegangen war: **„Entsprechend diesen Veränderungen in der Ökonomik der Sowjetunion hat sich die Klassenstruktur unserer Gesellschaft verändert. Die Klasse der Gutsbesitzer war bekanntlich schon mit der siegreichen Beendigung des Bürgerkriegs liquidiert worden. Was die anderen Ausbeuterklassen betrifft, so haben sie das Schicksal der Klasse der Gutsbesitzer geteilt. Verschwunden ist die Kapitalistenklasse in der Industrie. Verschwunden ist die Kulakenklasse in der Landwirtschaft. Verschwunden sind die Händler und Spekulanten auf dem Gebiet des Warenumsatzes. Alle Ausbeuterklassen sind somit liquidiert. Geblieben ist die Arbeiterklasse. Geblieben ist die Klasse der Bauern. Geblieben ist die Intelligenz."**

Stalin stellte also fest, daß zu dieser Zeit alle feindlichen, alle Ausbeuterklassen vernichtet waren. Genau hier haken die Opportunisten ein. Seht ihr, sagen sie, Stalin leugnet, daß es auch im Sozialismus noch antagonistische Klassen gibt. Nach der Theorie, auf die die Opportunisten sich nämlich berufen, bleiben die Ausbeuterklassen auch in der gesamten Periode des Sozialismus bestehen, bis hin zum Übergang zum Kommunismus. Nur wenn man dies anerkennen würde, sagen die Opportunisten, kann der Klassenkampf in der sozialistischen Gesellschaft richtig geführt werden. Alles andere hieße, den Kampf gegen die Bourgeoisie zu



Stalin bei seiner Rede zum Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR am 25. November 1936.

unterschätzen. Wer aber hat nun recht? Stalin oder diese Opportunisten mit ihrer Theorie?

Stalin nimmt in seiner Stellungnahme in der Tat eine materialistische Analyse der Klassenstruktur der Sowjetunion vor. Wodurch bestimmt sich denn eine gesellschaftliche Klasse nach Lenin? Durch ihr „Verhältnis zu den Produktionsmitteln", durch „ihre Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit" und folglich durch „die Art der Erlangung und den Umfang des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum". Wenn aber das Privateigentum an Produktionsmitteln, wenn die Ausbeutung der Lohnarbeit, wenn die Profitwirtschaft des Kapitals wie 1934 in der Sowjetunion, beseitigt ist — wie kann dann noch von der Existenz von Ausbeuterklassen die Rede sein?

Zog Stalin nun daraus aber etwa den Schluß, wie die Opportunisten verleumderisch behaupten, daß der Klassenkampf in der Sowjetunion erloschen wäre? Das tat Stalin ganz und gar nicht. Stets hat Stalin gemäß den Leninschen Lehren darauf hingewiesen, daß mit der Liquidierung der Ausbeuterklassen weiterhin unversöhnliche Widersprüche und Klassenkampf, weiterhin die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus bestehen bleibt. Schließlich bedeutet die Vernichtung der Ausbeuterklassen ja nicht, daß auch alle ihre Mitglieder physisch liquidiert worden wären. Vielmehr bestehen letztere als Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen weiter. Gerade Stalin hat daher energisch gegen die faule Theorie gekämpft, daß nach der Vernichtung der Ausbeuterklassen der Klassenkampf abgeschwächt, die eiserne proletarische Diktatur über alle feindlichen Elemente gelockert werden könnte.

„Im Gegenteil", sagte Stalin, **„je weiter wir vorwärtsschreiten, je mehr Erfolge wir erzielen werden, um so größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, um so eher werden sie zu schärferen Kampfformen übergehen, um so mehr Niederträchtigkeiten werden sie gegen den Sowjetstaat begehen, um so mehr werden sie zu den verzweifeltsten Kampfmitteln greifen als den letzten Mitteln zum Untergang Verurteilter. Man muß im Auge behalten, daß die Reste der zerschlagenen Klassen in der UdSSR nicht alleine dastehen. Sie genießen die direkte Unterstützung unserer Feinde jenseits der Grenzen der UdSSR. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß sich die Sphäre des Klassenkampfes auf das Gebiet der UdSSR beschränke. Spielt sich der Klassenkampf mit einem Ende innerhalb der UdSSR ab, so reicht das andere Ende in das Gebiet der uns umgebenden bürgerlichen Staaten. Das kann den Resten der zerschlagenen Klassen nicht unbekannt sein. Und eben weil sie es wissen, werden sie auch künftighin ihre verzweifelten Vorstöße fortsetzen. Das lehrt uns die Geschichte. Das lehrt uns der Leninismus."**

Es bestehen also auch nach der Liquidierung der Ausbeuterklassen in der sozialistischen Gesellschaft unversöhnliche Klassenwidersprüche fort. Die Frage „Wer wird siegen?" ist noch nicht vollständig und endgültig entschieden. Über die ganze sozialistische Periode bildet der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Weg den Hauptwiderspruch. Vollkommen zu Recht weist Stalin dabei auf die Wechselwirkung des Klassenkampfes an der inneren und an der äußeren Front hin. Das Zusammenspiel der faschistischen Aggressoren mit den konterrevolutionären Banden in der Sowjetunion, von den Wlassow-Leuten bis hin zu den Trotzkisten, hat diese Einschätzung vollauf bestätigt.

Aber Stalin erzog das sowjetische Proletariat und das ganze Volk auch im unversöhnlichen Klassenkampf gegen solche feindlichen Elemente, die nicht aus den zerschlagenen Ausbeuterklassen stammten, sondern neu entstanden waren. Unermüdlich mobilisierte er die Partei und das Volk zum Kampf gegen den Bürokratismus, dessen Klassencharakter er analysierte: **„Der Bürokratismus in unserer Organisation ist nicht einfach als Amtsschimmel und Kanzleiwirtschaft zu betrachten. Der Bürokratismus ist eine Äußerung des bürgerlichen Einflusses auf unsere Organisation."**

Schließlich wies Stalin darauf hin, daß in der sozialistischen Sowjetunion die Muttermale der alten Gesellschaft noch ihre Wirkung besaßen: **„Kann man jedoch sagen, daß wir bereits alle Überreste des Kapitalismus in der Wirtschaft überwunden haben? Nein, das kann man nicht sagen. Um so weniger kann man sagen, daß wir die Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen überwunden haben. Das kann man nicht nur deshalb nicht sagen, weil das Bewußtsein der Menschen in seiner Entwicklung hinter ihrer ökonomischen Lage zurückbleibt, sondern auch deshalb, weil immer noch die kapitalistische Umwelt besteht, die bestrebt ist, die Überreste des Kapitalismus in der Wirtschaft und im Bewußtsein der Menschen in der UdSSR zu beleben und aufrechtzuerhalten, und gegen die wir Bolschewiki immer unser Pulver trocken halten müssen."**

Und aus all dem zog Stalin die Schlußfolgerung: **„Aus diesem Grunde kann man nicht sagen, daß der Kampf zu Ende sei und daß keine Notwendigkeit mehr bestehe, eine Politik der Offensive des Sozialismus zu betreiben."** Oder wie Stalin an anderer Stelle betonte: **„...die klassenlose Gesellschaft [kann] nicht sozusagen von selbst kommen. Man muß sie ...erkämpfen...: durch die Stärkung der Organe der Diktatur des Proletariats, durch Entfaltung des Klassenkampfes, durch Aufhebung der Klassen, durch Liquidierung der Überreste der kapitalistischen Klasse, im Kampf mit inneren wie mit äußeren Feinden."**

Sprechen alle diese Feststellungen Stalins nicht eine klare und deutliche Sprache? Sie zeigen, daß die Beschuldigungen unserer Opportunisten, Stalin sei für eine Abschwächung des Klassenkampfes im Sozialismus eingetreten, er habe eine Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes verfolgt, platte Lügen sind.

Wie aber steht es mit der Theorie, auf die sich die Opportunisten berufen, wonach die Bourgeoisie als Klasse auch im Sozialismus immer weiter existiere und auch durch die Schaffung der sozialistischen ökonomischen Basis nicht liquidiert sei? Den Opportunisten nach ist diese Theorie angeblich geeignet, den Klassenkampf besonders scharf zu führen, sie sei besonders konsequent. Tatsächlich aber zeigt sich, daß diese Theorie keineswegs auf einer Analyse der Klassenstruktur der sozialistischen Gesellschaft beruht, die von der Leninschen Bestimmung der Klasse ausgeht, sondern vollkommen unmaterialistisch, starr und schematisch ist. Mehr noch: Sie ist ihrem ganzen Wesen nach eine reaktionäre Theorie.

Welches ist denn, bedingt durch die gesellschaftliche Entwicklung, die wichtigste Aufgabe der gesamten Periode des Sozialismus als einem Übergangsstadium zum Kommunismus? Es ist die Beseitigung und Aufhebung sämtlicher bestehender Klassen bis zum direkten Übergang zur kommunistischen, zur klassenlosen Gesellschaft. Nach der Theorie der Opportunisten aber wäre das Erreichen des Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft, praktisch unmöglich, da sie die Liquidierung der Ausbeuterklassen leugnet und vielmehr die Existenz von Ausbeuterklassen für die gesamte Periode des Sozialismus als gegeben betrachtet. Politisch aber heißt das: Diese Theorie macht vor dem entscheidenden Schritt, vor der entscheidenden Aufgabe des Proletariats beim Aufbau des Sozialismus, nämlich die Ausbeuterklasse zu liquidieren und schließlich sämtliche Klassenunterschiede zu beseitigen und aufzuheben, gerade halt, indem sie die Koexistenz von Proletariat und Bourgeoisie für die ganze Periode des Sozialismus predigt.

Und das heißt doch nichts anderes als der Bourgeoisie ihre Existenz als Klasse für diese Periode zu garantieren, die Unversöhnlichkeit zwischen der sozialistischen Gesellschaft und der Existenz von Ausbeuterklassen zu leugnen.

In der Sowjetunion Lenins und Stalins wurde durch die Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft, durch die Sozialisierung der Produktionsmittel, der Existenz von Ausbeuterklassen die Grundlage entzogen. Und nachdem der letzten Ausbeuterklasse, der Dorfbourgeoisie (Kulaken), die Existenzgrundlage durch die Kollektivierung in der Landwirtschaft entzogen war, wurde unter Stalin der Kampf geführt, um zu verhindern, daß sich die Überreste der liquidierten Ausbeuterklassen erneut zu einer Klasse formieren können. Das entsprach dem Willen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, Schritt für Schritt den Sozialismus aufzubauen und zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft voranzuschreiten. Für die Theorie, auf die sich unsere Opportunisten aber berufen, ist es nicht einmal ein Kampfziel, die erneute Formierung der gestürzten Ausbeuter zur Klasse zu verhindern, da diese Theorie deren Existenz als Klasse ja gerade voraussetzt. Das eben heißt, der Bourgeoisie Spielraum zu gewähren, ihre Absichten und Versuche, sich zu formieren, zu erstarken und schließlich die Dik-

tatur des Proletariats zu zerschlagen, zu begünstigen. Und es heißt auf der anderen Seite die wichtige Triebkraft des Klassenkampfes, den Willen des Proletariats und seiner Verbündeten, die Ausbeuterklassen zu liquidieren, die Klassen aufzuheben und zum Kommunismus vorwärtszuschreiten, zu knebeln, zu schwächen und zu sabotieren. Führten Stalins Lehren vom Klassenkampf dazu, alle Feinde der Arbeiterklasse zu beseitigen und niederzuhalten und die Diktatur des Proletariats allseitig zu stärken, so führt die Theorie, auf die sich die Opportunisten berufen, in einem sozialistischen Staat unweigerlich dazu, daß die Diktatur des Proletariats unterhöhlt und die gestürzten Ausbeuterklassen gestärkt werden und die Konterrevolution schließlich Oberwasser gewinnt.

Noch deutlicher zeigt sich die Schädlichkeit der Theorie der Opportunisten über den Klassenkampf in der Frage der richtigen Führung des Kampfes innerhalb der marxistisch-leninistischen Partei. Auch hier werfen sie Stalin und den Marxisten-Leninisten vor, den Klassenkampf zu schwächen. Nach der Theorie, auf die diese Opportunisten sich berufen, gibt es nämlich angeblich im Sozialismus nicht nur ständig Proletariat und Bourgeoisie als Klassen, sondern auch innerhalb der Kommunistischen Partei gäbe es immer zwei Linien, die Linie des Proletariats und die Linie der Bourgeoisie, die ständig im scharfen Kampf miteinander lägen. Auch dies ist eine durch und durch faule und im Grunde genommen klassenversöhnlerische Theorie.

Zwei Linien können in der Partei nicht geduldet werden!

Die bolschewistische Partei Lenins und Stalins ist seit ihrer Schaffung stets das Vorbild für alle marxistisch-leninistischen Parteien gewesen. Ein zentrales Unterscheidungsmerkmal zu den alten, überkommenen Parteien der II. Internationale war gerade, daß in dieser Partei nur **eine** Linie geduldet wurde: Die Linie des revolutionären Proletariats, das unbeugsam und kompromißlos für die Befreiung der Menschheit von Kapitalismus und Imperialismus kämpft; die Linie des Marxismus-Leninismus, der allein dem Proletariat und seinen Verbündeten den richtigen Weg zu ihrer Befreiung weist. Lenin und Stalin waren gerade dann, wenn es um die Wahrung dieser einen Linie in der Partei ging, glühendste Kämpfer, die niemals eine „zweite Linie", eine Linie der Bourgeoisie, in der Partei duldeten. Heißt das, daß Lenin und Stalin die bürgerlichen Einflüsse auf die Partei leugneten, daß sie der Gefahr des Aufkommens und der Verbreitung einer bürgerlichen Linie in der Partei nicht wachsam begegneten? Davon kann, wie die Kämpfe Lenins und Stalins gegen alle Feinde, die in den Reihen der Partei erwuchsen, deutlich beweisen, überhaupt keine Rede sein. Aber Lenin und Stalin waren weit davon entfernt, wie unsere Opportunisten zu behaupten, daß der bürgerliche Einfluß auf die Partei **notwendigerweise** und **gesetzmäßig** dazu führt, daß es stets in der Partei Bourgeoisie gibt.

Auch hier sind die Opportunisten mit der Theorie, auf die sie sich berufen, scheinbar besonders radikal. Aber in Wahrheit bedeutet ihre Theorie von der allgegenwärtigen Existenz der Bourgeoisie auch in der Frage der Partei ein Zurückweichen, ein Aussöhnen mit der Bourgeoisie. Diese Theorie geht eben nicht davon aus, das Aufkommen einer zweiten, einer bürgerlichen Linie, in der Partei zu verhindern, sondern erkennt deren Existenz von vornherein als gegeben an und erzieht daher zur Duldung, nicht aber zur konsequenten Austilgung jeder bürgerlichen Linie in der Partei. Es handelt sich um eine Theorie, die eben nicht die Partei und die Einheit der Partei im Kampf gegen alle bürgerlichen Einflüsse stärkt, sondern sie zersetzt, ihre Einheit von vornherein negiert und zerstört.

Hier zeigt sich auch, daß es durchaus nicht im Widerspruch zu dieser scheinbar radikalen Theorie steht, wenn von denselben Verteidigern dieser Theorie Stalin angegriffen wird, er sei innerhalb der Partei zu rigoros vorgegangen. Dies ist lediglich die andere Seite der Medaille, wenn man die bolschewistische Partei mit einer bürgerlichen Linie aussöhnen will.

Natürlich ist innerhalb der Kommunistischen Partei die Methode der Überzeugung und Diskussion, der Kritik und Selbstkritik das entscheidende Mittel zur Herstellung der Einheit. Aber diese gilt keineswegs gegenüber den Feinden, die sich in die Reihen der Partei eingeschlichen haben. Entsprechend führte auch Stalin den Kampf gegen die bürgerlichen Einflüsse in der Partei nicht nur so, daß er die opportunistischen Theorien grundlegend entlarvte und widerlegte. Sondern er setzte sich auch für die notwendigen organisatorischen Maßnahmen ein. Diejenigen Funktionäre etwa, die ernste Fehler begangen hatten, wurden ihres Postens enthoben. Andere, die vollständig auf das Niveau von Konterrevolutionären abgesunken waren, wurden nicht etwa als einfache Parteimitglieder in der Partei behalten, so daß sie bei günstiger Gelegenheit sogleich wieder in alle möglichen Posten aufsteigen konnten; sie wurden aus der Partei hinausgesäubert und für ihre Verbrechen bestraft, wenn nötig mit dem Tode.

Stalin stellte dazu fest: **„Die Theorie der ‚Überwältigung' der opportunistischen Elemente durch ideologischen Kampf innerhalb der Partei, die ‚Überwältigung' dieser Elemente im Rahmen ein und derselben Partei ist eine faule und gefährlich Theorie, die die Gefahr heraufbeschwört, die Partei zu einem Zustand der Lähmung und des chronischen Siechtums zu verurteilen, sie mit Haut und Haar dem Opportunismus auszuliefern, das Proletariat ohne revolutionäre Partei zu lassen, das Proletariat der wichtigsten Waffe im Kampf gegen den Imperialismus zu berauben."**

So steht die Sache. Ein Zurückweichen vor den rechten Elementen, ihr Dulden als Fraktion oder als „zweite Linie" in der Partei würde unter den Bedingungen des Sozialismus letztlich bedeuten, der Zerschlagung der Arbeitermacht, der Restauration des Kapitalismus den Weg zu bahnen. Die Geschichte selbst hat die Richtigkeit dieser Stalinschen Feststellung mehr als einmal bewiesen.

Stalin unterschied richtig zwischen Widersprüchen zum Feind und Widersprüchen im Volk!

So wie die Opportunisten ausgehend von der Theorie, auf die sie sich berufen, Stalin gerade deswegen angreifen, weil er die konterrevolutionären Elemente schonungslos aus der Partei hinaussäuberte, so werfen sie Stalin vor, Widersprüche im Volk als Widersprüche zum Feind behandelt zu haben. Dies wird von ihnen vor allem hinsichtlich der Liquidierung der Kulakenklasse behauptet. Was aber waren die Tatsachen?

Nach der Liquidierung der Grundherren in der Revolution war das Land an die armen Bauern aufgeteilt worden. Ihre zersplitterte Einzelwirtschaft jedoch konnte nicht die Grundlage bilden für die Entwicklung einer sozialistischen Landwirtschaft. Das konnte nur ihr Zusammenschluß in Kollektivwirtschaften. Dieser Zusammenschluß setzte aber in einem bestimmten Stadium die Vernichtung der Kulakenklasse voraus.

War die Kollektivierung ein Prozeß, der vom Stalinschen Zentralkomitee, von den Organen des proletarischen Staates einfach dekretiert worden wäre? Nein, die Kollektivierung vollzog sich in Form des Massenkampfes der Bauern gegen das Kulakentum. Es waren die armen Bauern, die die kulakischen Blutsauger vom Boden verjagten, die ihnen Vieh und Maschinen nahmen, die von der Sowjetmacht die Verhaftung oder Aussiedlung von Widerstand leistenden Kulaken verlangten. Stalin kennzeichnete die Bedeutung dieser gewaltigen revolutionären Umwälzung auf dem Land folgendermaßen: **„Die Eigenart dieser Revolution besteht darin, daß sie von oben, auf Initiative der Staatsmacht, mit direkter Unterstützung von unten, durch die Millionenmassen der gegen das Kulakenjoch und für ein freies kollektivwirtschaftliches Leben kämpfenden Bauern vollzogen wurde."**

Und es war gerade Stalin, der gegen die Fehler, wie sie teilweise von Organen der Partei und des Staates während der Kollektivierung begangen wurden, einen erbitterten Kampf führte. Hören wir, was er in einem Brief an die Genossen Kollektivbauern sagt. Stalin beantwortet die Frage: Worin liegt die Wurzel der Fehler in der Bauernfrage? Er sagt: **„In der falschen Behandlung des Mittelbauern. Darin, daß Gewaltmaßnahmen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen zum Mittelbauern angewandt wurden; daß die Tatsache außer acht gelassen wurde, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß mit den mittelbäuerlichen Massen nicht auf Gewaltmaßnahmen beruhen darf, sondern auf einer Verständigung mit den Mittelbauern, auf dem Bündnis beruhen muß; daß die Tatsache außer acht gelassen wurde, daß das Bündnis der Arbeiterklasse und der Dorfarmut mit den Mittelbauern gegen den Kapitalismus im allgemeinen und gegen das Kulakentum im besonderen gegenwärtig die Grundlage der kollektivwirtschaftlichen Bewegung ist."**

Ist es angesichts dieser klaren Orientierung des Kampfes nicht lächerlich, davon zu reden, Stalin habe die Widersprüche im Volk mit denen zwischen dem Volk und dem Feind verwechselt? Sehr nahe liegt vielmehr, daß nicht Stalin die Widersprüche verwechselte, sondern daß die Theorie, auf die sich die Opportunisten bei ihrer Kritik an Stalin berufen, die Widersprüche zwischen Volk und Feind mit den Widersprüchen im Volk „verwechselt", daß sie die Kulakenklasse, d. h. die Dorfbourgeoisie, nicht als feindliche Ausbeuterklasse, sondern als Kraft des Volkes einstuft.

Stalins Lehren vom Klassenkampf sind von größter aktueller Bedeutung!

Josef Wissarionowitsch Stalin stand drei Jahrzehnte lang an der Spitze der bolschewistischen Partei und des sozialistischen Staates. Die in dieser Zeit errungenen historischen Siege beim Aufbau des Sozialismus haben ihre Wurzeln darin, daß unter der Führung Stalins Partei und Staat der Sowjetunion, wie Marx, Engels und Lenin es lehrten, an der konsequenten Führung des Klassenkampfes festhielten und diese Lehren in Theorie und Praxis bereicherten. Diese Lehren gilt es gegen alle falschen, klassenversöhnlerischen Theorien zu verteidigen. Und das nicht nur, um den Namen und das Werk Stalins richtig zu beurteilen, sondern vor allem deshalb, weil die Lehren Stalins über die Führung des Klassenkampfes unter den Bedingungen des Sozialismus sowie über die richtige Führung des Kampfes für die Reinhaltung der bolschewistischen Partei als dem entscheidenden Führungsstab des Proletariats auch heute für uns von größter aktueller Bedeutung sind.

Die revolutionären Kämpfe auf der ganzen Welt nehmen von Tag zu Tag einen größeren Aufschwung. Die Revolution ist, wie Genosse Enver Hoxha betont hat, ein Problem, das zur Lösung ansteht. Der Kampf um die Diktatur des Proletariats steht als unmittelbare Aufgabe auf der Tagesordnung. Die großen bevorstehenden Entscheidungsschlachten aber wird das internationale Proletariat, werden an seiner Spitze die marxistisch-leninistischen Parteien nur dann siegreich zu Ende führen, wenn sie ein tiefgehendes marxistisch-leninistisches Verständnis von der revolutionären Führung des Klassenkampfes haben und jegliche Theorie der Klassenversöhnung, der Klassenzusammenarbeit und der Abschwächung des Klassenkampfes zurückweisen und liquidieren. Die Lehren Stalins sind dabei in einer Reihe mit den Lehren von Marx, Engels und Lenin von unschätzbarer Bedeutung.

Aus aller Welt

Spanien: Faschistischer Terror gegen revolutionäre Organisationen

Mit brutalem Terror gingen die Unterdrückungsorgane des spanischen Regimes gegen revolutionäre Arbeiter und Antifaschisten vor. In Madrid war eine Gruppe der Vereinigung für die Vollversammlungen der Arbeiter (AOA) durch die Stadtteile und Fabriken gezogen, um die Werktätigen aufzufordern, die Kandidaten der AOA bei den Gewerkschaftswahlen zu unterstützen.

Diese revolutionären Arbeiter, die auch republikanische Fahnen mit sich führten, wurden von der Polizei überfallen. 15 von ihnen wurden verhaftet. Das zeigt deutlich, was in Wirklichkeit hinter den Sprüchen von einer „Demokratisierung" des spanischen Regimes steckt. Während die reaktionären Gewerkschaften, die von den Revisionisten und Sozialdemokraten beherrscht werden, offen ihre schmutzige Ware der Klassenzusammenarbeit verkaufen können, wird der AOA, die die Interessen der Werktätigen vertritt, die Möglichkeit der Agitation und Propaganda genommen. Ja, ihre Mitglieder werden eingekerkert, weil sie die gerechten Forderungen der Arbeiterklasse verteidigen.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich einen Tag später. Eine Versammlung der Republikanischen Konvention wurde von Polizeitruppen gewaltsam aufgelöst. Dabei wurde von der Polizei auch Tränengas eingesetzt. Aber die Versammlungsteilnehmer, über 1.000 Werktätige, nahmen diesen Überfall nicht kampflos hin. Sie schlossen sich sofort zu einer Demonstration gegen den Polizeiterror zusammen.

Mosambik: Überfall der rhodesischen Rassisten

Wieder einmal haben die rhodesischen Rassisten die Grenzen zu Mosambik überschritten und dort Dörfer angegriffen. Wie berichtet wird, setzten sie dabei auch britische Militärmaschinen ein, mit denen sie Ziele in Mosambik bombardierten.

Azania: Wahlfarce der Rassisten gescheitert

Mit großem Propagandarummel hatten die südafrikanischen Rassisten sogenannte Kommunalwahlen in Soweto, dem größten Getto für die Schwarzen im Land, durchgeführt. Damit wollten sie ihrem faschistischen Terrorregime über das azanische Volk einen demokratischen Anstrich geben. Aber konsequent boykottierte die Bevölkerung von Soweto diesen Schwindel. Die Beteiligung an der „Wahl" lag noch unter drei Prozent. Damit war die Farce gescheitert, denn es war den Rassisten nicht gelungen, die notwendige Zahl von Vertretern für den „Gemeinderat" wählen zu lassen.

Zur gleichen Zeit gab der Polizeiminister des Regimes, Kruger, in Johannesburg zu, daß die Rassisten-Polizei im vergangenen Jahr 149 Menschen ermordet hat. Wie er selbst sagte, sind in dieser Zahl nicht diejenigen Werktätigen und Jugendlichen enthalten, die bei Demonstrationen und anderen Kämpfen erschossen wurden.

Iran: Schah-Regime setzt Panzer gegen Demonstranten ein

Zu blutigen Straßenkämpfen kam es am vorletzten Wochenende in der iranischen Stadt Täbris, als das faschistische Regime versuchte, eine Demonstration der Massen gegen die Regierung gewaltsam zu unterdrücken. Mit bewaffneten Polizei- und Armee-Einheiten ging das Regime gegen die Demonstranten vor. Aber die Massen setzten diesen Mordkommandos des Schah erbitterten Widerstand entgegen. Um den Kampf zu brechen, wurden an den strategischen Punkten der Stadt Panzer aufgefahren.

Wie berichtet wird, wurden die Demonstranten auch aus der Luft angegriffen. Aus Armee-Hubschraubern eröffneten die Faschisten Maschinengewehrfeuer auf sie. Hundert Menschen verloren bei diesem Massaker ihr Leben. Das Regime versucht jetzt, seine Verbrechen zu vertuschen, indem es nur von sechs Toten spricht. Um darüber hinwegzutäuschen, daß der Widerstand der werktätigen Massen gegen die faschistische Diktatur immer breiter wird, geben Lakaien des Schah jetzt lächerliche Erklärungen über angebliche Aufrührer aus dem Ausland ab, die für die Unruhen verantwortlich wären.

Tatsächlich war es die Bevölkerung von Täbris, die über Tage hinweg dem faschistischen Terror standgehalten und dem Regime schwere Schläge versetzt hat. Im Verlauf der Kämpfe wurden von den Massen 73 Banken und andere Einrichtungen des Regimes zerstört. Auch das Gebäude der faschistischen Partei in dieser zweitgrößten Stadt des Iran wurde in Brand gesetzt.

Wie in Täbris, so kam es auch in den Städten Kum und Schiras zu Massendemonstrationen, bei denen Parolen gegen das Regime gerufen wurden.

Spanien: Erfolgreiche Streikkämpfe

Zwischen 30.000 und 40.000 Bauarbeiter in Madrid folgten einem Streikaufruf der Vereinigung für die Vollversammlungen der Arbeiter (AOA). Sie stehen im Kampf für höhere Löhne. Dieser Streik zeigt deutlich den wachsenden Einfluß der AOA, der revolutionären Gewerkschaft, in der Arbeiterklasse Spaniens.

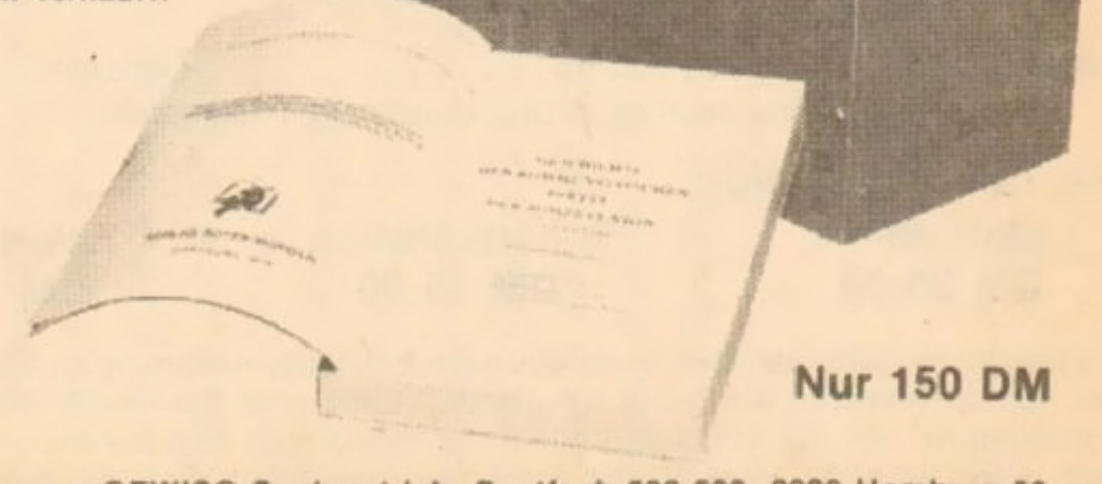
Auch in anderen Regionen Spaniens haben sich Streikkämpfe entwickelt. In Asturien und im Baskenland traten 75.000 Metallarbeiter in den Ausstand. In Andalusien kam es zu Proteststreiks gegen die anwachsende Arbeitslosigkeit.

In all diesen Kämpfen treten die Revisionisten und Sozialdemokraten und die von ihnen beherrschten Gewerkschaften als Streikbrecher auf. Sie haben einen reaktionären Sozialpakt mit dem Regime geschlossen, mit dem die Arbeiterklasse zum Stillhalten gezwungen werden soll. Aber wie die anhaltenden Streikkämpfe in den letzten Monaten gezeigt haben, sind die Werktätigen Spaniens nicht bereit, die Angriffe der Bourgeoisie kampflos hinzunehmen. Und immer mehr erkennen in der AOA die richtige Alternative zu den verräterischen Gewerkschaften der Revisionisten und Sozialdemokraten.

J. W. Stalin — Gesammelte Werke

Verlag Roter Morgen

Die 16-bändige Gesamtausgabe umfaßt die in 13 Bänden zusammengefaßten Werke Stalins aus den Jahren 1901-1933 und darüber hinaus Schriften, Reden, Interviews, Briefe usw. bis Oktober 1952 und enthält als Ergänzungsband die „Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang".
Die Ausgabe wird statt für bisher 200 DM jetzt in einer Sonderaktion für 150 DM verkauft.



Nur 150 DM

Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 500 568, 2000 Hamburg 50

Ingolstadt/ESSO

Giftwolke über Nordbayern

Im Gebiet des Städtedreiecks Nürnberg-Fürth-Erlangen färbte in der vergangenen Woche ein Staubregen auf einem Gebiet von 40 Quadratkilometern den Schnee innerhalb weniger Stunden dunkel. Was da vom Himmel kam, war gefährliches Gift. Die Ursache dieser schweren Vergiftung: Bei der Raffinerie der Esso in Ingolstadt war eine Störung aufgetreten.

Die Betriebsleitung hatte daraufhin rund 90 Tonnen „Katalysatorenstaub" durch den Kamin in die Luft jagen lassen. Dieser Staub enthält Aluminiumoxyd, Siliciumoxyd und die gefährlichen Giftstoffe Nickel und Vanadium. Insbesondere die beiden letzten Schadstoffe führen, wenn sie beim Essen oder Trinken in den Körper gelangen oder wenn sie in höherer Dosis eingeatmet werden, zu schweren akuten Vergiftungen. Gefahr geht vor allem aus von dem Vanadium, das in Schnee oder Wasser löslich ist, und spätestens bei der Schneeschmelze ins Grundwasser zu gelangen droht.

Die Esso-Betriebsleitung aber dachte nicht im geringsten daran, Alarm zu geben. Sie ließ die Produktion einfach weiterlaufen. Es waren Anlieger, die, wegen der giftigen Staubwolken besorgt, die Polizei und das Umweltschutzamt in Bewegung setzten. Erst als diese eingriffen, wurde die defekte Anlage stillgelegt. Auf ihr ungeheuerliches Vorgehen angesprochen, erklärte die Betriebsleitung sogar noch, sie habe sich nicht verpflichtet gesehen, den Vorfall zu melden. — Und das, obwohl durch den Niederschlag der Giftwolken Menschen und Vegetation in einem Umkreis von 40 Quadratkilometern gefährdet wurden.

So wie die Esso die gesamte Sache am liebsten mit Schweigen übergangen hätte, versucht nun auch das Amt für Umweltschutz in München die Angelegenheit herunterzuspielen: Für die Bevölkerung, so wird erklärt, habe keine akute Gefährdung bestanden. Daß dies nicht einmal die halbe Wahrheit ist, zeigen auf der anderen Seite die Erwägungen, die in diesem Amt bereits angestellt werden: Danach soll schlimmstenfalls, wenn die Vegetation nach der Schneeschmelze durch das Nickel und Vanadium beeinträchtigt sein sollte, die gesamte Winteraussaat der Umgegend vernichtet werden. Ebenso soll dann die Humusschicht des Bodens in diesem Gebiet abgetragen und entfernt werden.

Obgleich Esso durch das Verschweigen des Vorfalls selbst die bestehenden Vorschriften gebrochen hat, hat die Betriebsleitung von seiten der staatlichen Behörden nichts zu befürchten: Erst kürzlich war durch einen Defekt im Atomkraftwerk Ohu eine radioaktive Dampfwolke ins Freie gelangt. Auch in diesem Fall hatte die Betriebsleitung des Atomkraftwerks versucht, dies zu verschweigen. Die „Strafmaßnahmen" der Behörden aber waren allenfalls eine Ermutigung für die weitere Vergiftung der Umwelt: Sie bestanden darin, daß das Amt für Umweltschutz „sein Mißfallen zum Ausdruck brachte".

VW: Glückwunsch an Pinochet

Diese Anzeige erschien zum vierten Jahrestag des faschistischen Putsches in der chilenischen Zeitung „El Mercurio". Der Text lautet: „Die Volkswagenfamilie möchte an diesem großen Tag der Regierung Chiles für die ihr gegebene Gelegenheit danken, in dieses schöne Land zu kommen, sich darin niederzulassen und mit seinen Menschen ihre Freiheit, ihren Schwung und ihre Lebensfreude zu teilen... Es lebe Chile! Volkswagen, 11. September 1977."



Es ist noch gar nicht so lange her, da erhoben die Herren von SPD, DGB und DKP ein demagogisches Geschrei über Strauß, der bei einem Besuch in Chile die faschistische Diktatur über den grünen Klee gelobt hatte. Die Glückwunsch-Anzeige von VW zeigt aber wieder einmal, daß die Sympathie für die Faschisten nicht eine Privatangelegenheit von solchen offen reaktionären Typen wie Strauß ist. Was VW hier zum Ausdruck bringt, ist der Dank für die Profite, die der Konzern unter der Diktatur zusammengerafft hat. 1977 konnte der Absatz immerhin verdoppelt werden. Und das ist der „VW-Familie" schon eine Danksagung wert. Ein prominentes Mitglied dieser Familie ist übrigens im Aufsichtsrat des Konzerns der IGM-Boß Loderer. Das Land Niedersachsen und der Bund sind mit je 20 Prozent beteiligt.

Aachen

Polizist in Zivil erschießt wehrlosen Taxigast

Wieder einmal wurde von Polizeistreifen nachts ein völlig wehrloser Mann erschossen. Diesmal geschah es in Aachen. In einem Flugblatt der Ortsgruppe der KPD/ML heißt es dazu:

In der Nacht zum 19. 2. versuchten zwei Männer in Zivil mit einem PKW im Westen von Aachen ein Taxi zu stoppen. Nach mehrmaligen vergeblichen Versuchen gelang es ihnen schließlich. Sie stürmten mit gezogener und entsicherter Pistole auf das Taxi los, rissen die Tür auf und erschossen einen Mann. Die das taten, waren Polizisten in Zivil — nicht zu unterscheiden von anderen Gangstern. Die Verfolgung galt einem Beteiligten an einer Schlägerei. Es stellte sich jedoch nach Zeugenaussagen heraus, daß der Erschossene nicht am Ort der Schlägerei gewesen war.

In den Zeitungen wurde dann die Version eines Unfalls aufgetischt, da die in ähnlichen Fällen sonst angewandte Geschichte der „vermeintlichen Notwehr" bei diesem Todesschuß durch die Polizei wohl nicht möglich war. Doch viele Menschen erkennen immer mehr die Wahrheit, die ja auch täglich immer deutlicher zu Tage tritt: Das ist kein Unfall, das ist einkalkuliert. Die Polizisten werden immer mehr darin gedrillt, jedem Werktätigen auch bei der kleinsten Nichtigkeit mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten. So geschieht es doch täglich bei Ausweiskontrollen, Verkehrskontrollen, Hausdurchsuchungen und bei Denunziationen, oder wenn sie mal einen Kommunisten beim Plakatekleben überraschen.

Diese Reihe ließe sich noch endlos fortsetzen. Gerade in der letzten Zeit im Zuge der Terroristenhysterie ist doch fast jeder mit dieser waffenstarrenden Polizei in Berührung gekommen. Und wehe, er hätte sich in diesen Situationen unsicher oder falsch verhalten oder gar wie ein „Terrorist" ausgesehen.

Geschehen in Aachen: Polizisten mit entsicherten MP's überfallen in einem vollbesetzten Bus einen Kollegen, der wie jeden Morgen mit diesem Bus zur Arbeit fährt. Der angebliche Grund: Ausweiskontrolle.

Aachen: Polizisten mit entsicherten Waffen überfallen einen Studenten, der sein Auto repariert. Der Grund: „Verdächtige Handlungen am Auto".

Aachen: Schwerbewaffnete Polizisten stoppen auf dem Adalbert-Stein-Weg ein Auto mit Studenten. Anlaß: Ein Taxifahrer hätte das Auto für „verdächtig" gehalten.

Aachen: Bei einer Kegelrunde, wo natürlich auch getrunken wird, erscheint ein Polizist, der nach Dienstschluß mitkegelt, grundsätzlich mit Pistole und legt diese so einfach neben sich auf den Tisch. Seit einiger Zeit ist es sogar so, daß die Polizisten ihre Dienstwaffen mit nach Hause nehmen müssen, was schon zu üblen Vorfällen geführt hat.

In Heimsberg zum Beispiel, im Kreis Aachen, hat ein Polizist im Streit seiner Ehefrau mit der Dienstpistole durch den Hals geschossen. In Frankfurt erschoß ein Polizist einen Party-Gast bei seinem Nachbarn, weil dieser zu laut feierte. Es ist schon fast ein Zufall, daß sich nicht schon mehr solcher Schüsse „gelöst" haben. Und wenn, wie es in letzter Zeit immer häufiger passiert, die Polizei einen Menschen erschießt, dann hat sie selbst schnell eine Ausrede parat: „Notwehr" oder „aus Versehen".

Die Richter erkennen diese Ausreden immer an. Die Polizisten werden freigesprochen oder versetzt. Die Vorgesetzten, die den Befehl zum Überfall gaben, werden gar nicht erst belangt. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Viele Werktätige sehen aber immer deutlicher und lassen sich nichts mehr vormachen: Der tatsächliche Terror in diesem Land nimmt immer mehr die Form des Polizeiterrors an, er richtet sich immer mehr gegen die Werktätigen selbst. Dies zeigen zum Beispiel die brutalen Einsätze während des Druckereistreiks 1976, die schwerbewaffneten Überfälle auf Demonstranten und Unbeteiligte während der Demonstrationen gegen die gefährlichen Atomkraftwerke.

Gegen wen sich die zunehmende Bewaffnung richtet, zeigt sich auch daran, daß die Gesetze zur Verschärfung des Demonstrations- und Streikrechts als Terroristengesetze bezeichnet werden, wie im Bundestag geschehen.

Der verschärfte Polizeiterror gegen einfache Menschen ist neben den neuen Gesetzen und Gerichtsurteilen ein Beweis dafür: Bonn nimmt Kurs auf ein neues '33.

Militante Kämpfe in Hamburg und Hannover



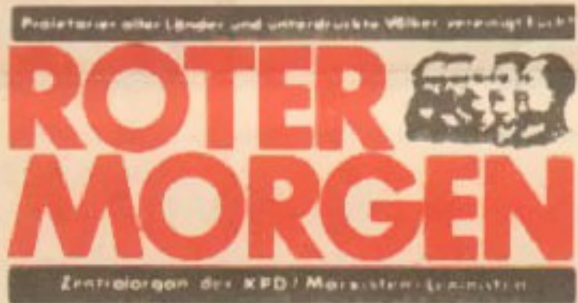
Fortsetzung von Seite 1

de-Prozesse in Hannover, bei denen mehrere AKW-Gegner von der Klassenjustiz abgeurteilt werden sollen. Die Polizei griff diese Kundgebung an und verhaftete einen Teilnehmer.

Aber die Demonstranten schlugen sofort zurück. Ein Hagel von Steinen überschüttete die Polizeiwagen. Einige von ihnen wurden dadurch erheblich beschädigt. Bei den Kämpfen, die sich entwickelten, wurde auch ein Motorrad der Polizei in Brand gesetzt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12 (Nähe Götzenturm), geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Dr 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Eremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4652807, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.